



V 6458 E

-31a-

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

20. Jahrgang · Heft 9

September 1968

Aufsätze:

Bruttoinlandsprodukt 1967

X Unnatürliche Todesfälle

Baupreise im Bundesgebiet

Körperschaftsteuer 1965

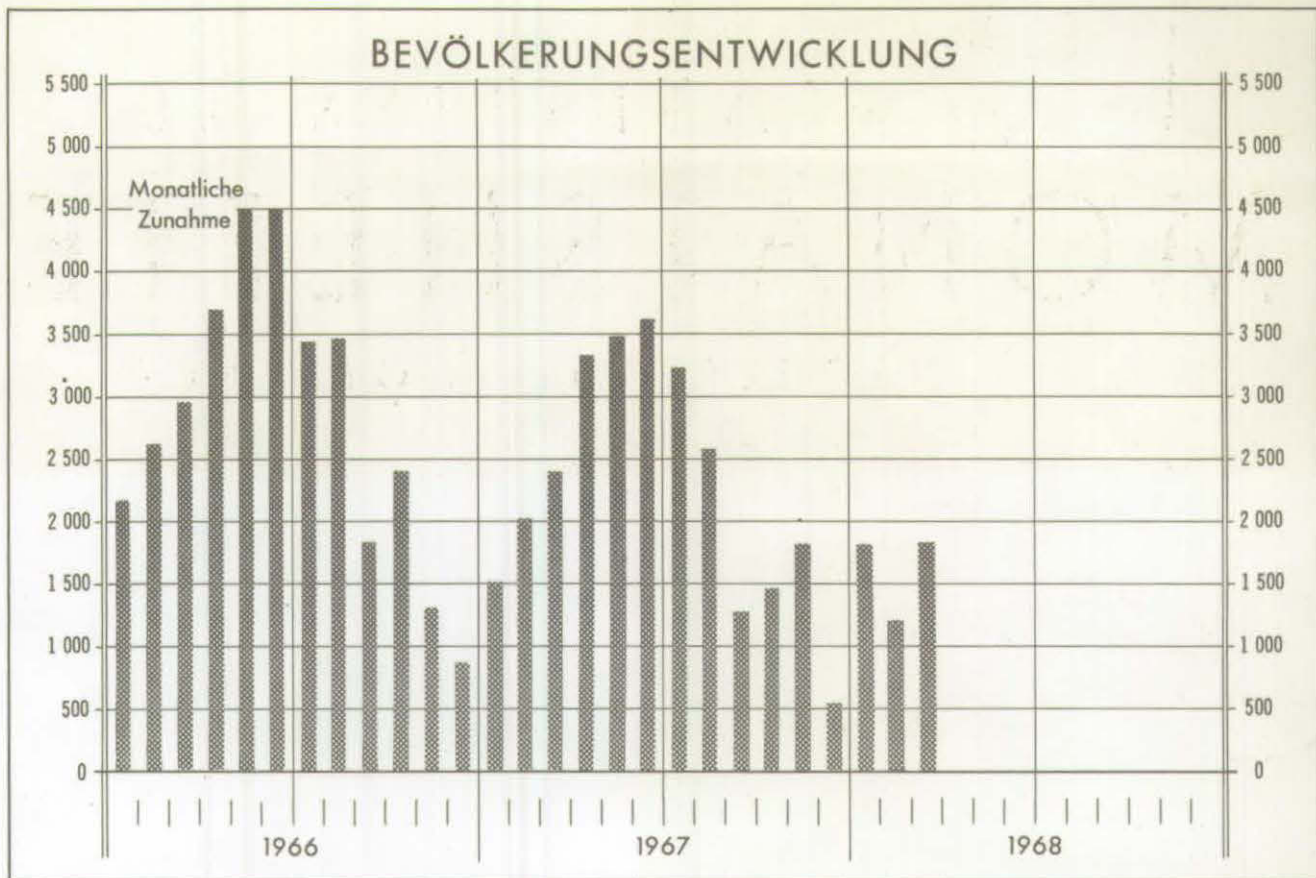
Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT

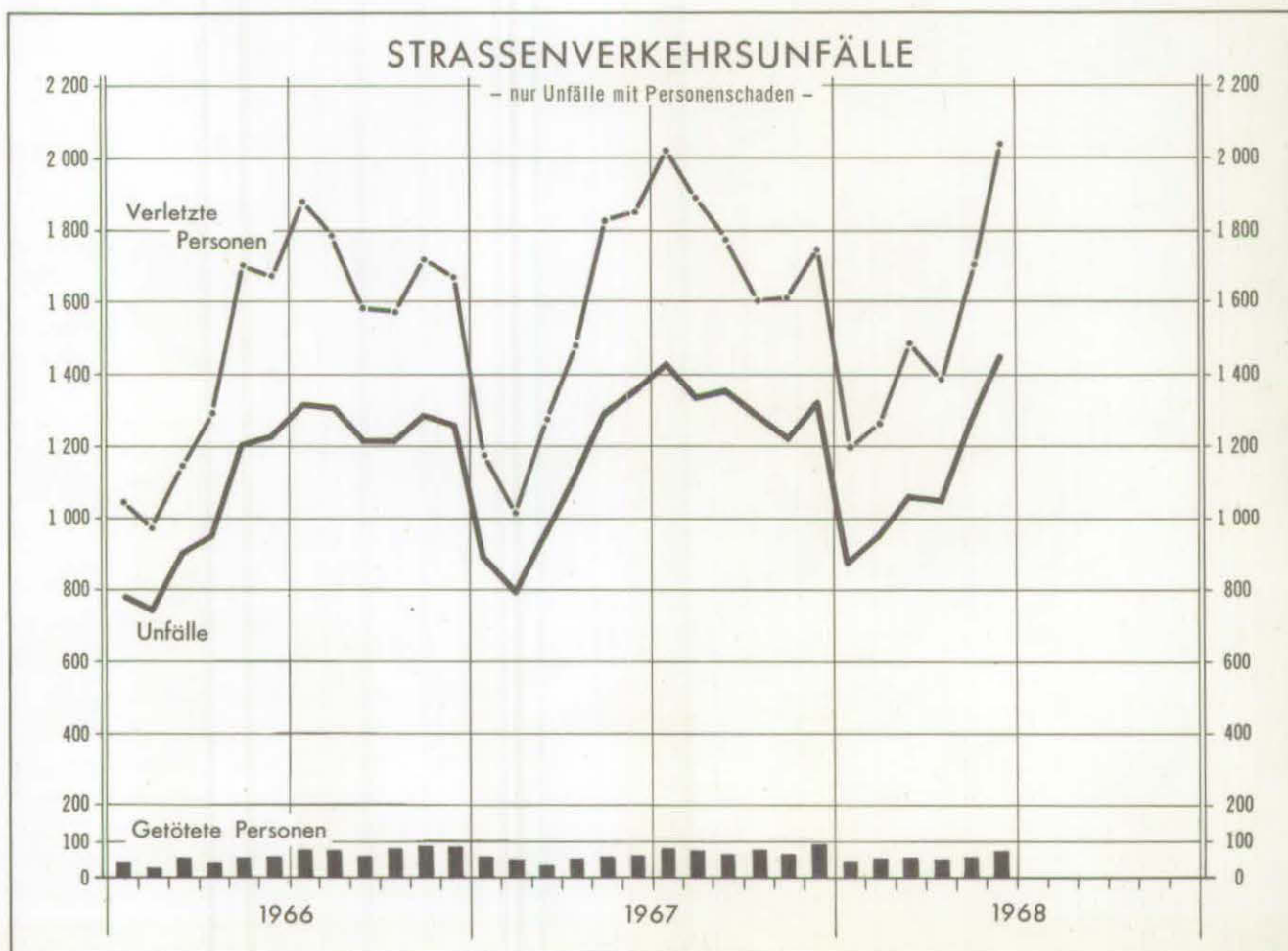


Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN



D - 3913



INHALT 9/68

	Seite
Aktuelle Auslese	193
Aus dem Inhalt	194
Aufsätze	
Das Bruttoinlandsprodukt 1967	195-199
Unnatürliche Todesfälle 1967	199-201
Die Preisentwicklung in der Bauwirtschaft im Bundesgebiet	201-209
Das Einkommen der Körperschaften und seine Besteuerung 1965	210-216
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven A — allgemein —	3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 4/1968

Wanderungen 1966
Anbau und Ernte 1967
Landeshaushalt 1966
Verbrauch in Arbeitnehmerfamilien

Heft 5/1968

Entwicklung der Schülerzahlen
Geflügelwirtschaft
Arbeitszeiten Industrie
Verdienste in Industrie und Handel (Teil 1)

Heft 6/1968

Investitionskraft der Gemeinden
Verdienste in Industrie und Handel (Teil 2)
Zahlungsschwierigkeiten 1965-1967
Kapitalgesellschaften 1965-1967

Heft 7/1968

Volkseinkommen
Lehrerbedarf
Straßenverkehrsunfälle 1967
Verbraucherpreise im Bund

Heft 8/1968

Ertragsmessungen Landwirtschaft
Zur Viehwirtschaft 1967
Ausgaben für öffentliche Schulen
Realschulabschluß
Studenten 1968



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

20. Jahrgang · Heft 9

September 1968

Aktuelle Auslese

Positive Entwicklung der Industrie



Die industrielle Entwicklung in Schleswig-Holstein war im ersten Halbjahr 1968 – gemessen am Umsatz – positiver als im ersten Halbjahr 1967. Bei gleichem durchschnittlichen Beschäftigtenstand war der Umsatz in der Industrie in den Monaten Januar bis Juni 1968 um 8 % höher als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die Zunahme erstreckte sich ausschließlich auf den Inlandsumsatz.

Auch die Industrieproduktion Schleswig-Holsteins war im Durchschnitt des ersten Halbjahres 1968 um fast 8 % größer als im ersten Halbjahr 1967. Abgesehen vom Investitionsgütersektor (+ 5 %) wiesen alle anderen Sektoren überdurchschnittliche Zuwachsraten zwischen 8 % und 10 % auf.

Nicht zu schnell fahren



Im Jahre 1967 wurden in Schleswig-Holstein bei 14 300 Straßenverkehrsunfällen mit Personenschäden 21 900 Unfallursachen von der Polizei ermittelt. Über 16 500 Ursachen waren Führern von Fahrzeugen zuzuschreiben, und zwar 9 200 bei Unfällen innerhalb und 7 400 bei Unfällen außerhalb von Ortschaften. Bei Unfällen außerhalb von Ortschaften stand weit an der Spitze des Ursachenkatalogs "zu schnelles Fahren" mit 39 % aller Ursachen, gefolgt vom "Alkoholeinfluß" (14 %). Auch bei Unfällen innerhalb von Ortschaften war das zu schnelle Fahren (19 %) die Hauptursache. Hier folgt jedoch das "Nichtbeachten der Vorfahrt und der Verkehrsregelung" an zweiter (18 % aller Ursachen) und der "Alkoholeinfluß" an dritter Stelle (12 %).

Pkw-Bestand in 6 Jahren fast verdoppelt



Am 1. Juli 1962 hatte es in Schleswig-Holstein nach den Unterlagen des Kraftfahrt-Bundesamtes 244 900 Personenkraftwagen gegeben. Anfang Juli 1968 waren 478 500 (+ 95 %) registriert. Gegenüber Anfang 1968 hat sich der Pkw-Bestand um 14 600 Fahrzeuge (+ 3 %) erhöht.

Rinderbestand unverändert, Schweinebestand wenig kleiner als vor Jahresfrist



Nach den Ergebnissen der repräsentativen Viehzählung gab es Anfang Juni 1968 in Schleswig-Holstein 1,50 Mill. Rinder, 1,72 Mill. Schweine und knapp 159 000 Schafe. Der Rinderbestand hat sich gegenüber Juni 1967 nicht verändert. Der Schweinebestand war wenig kleiner als vor Jahresfrist, aber noch um 3 % größer als im Durchschnitt der vorhergehenden sechs Jahre.

Mehr Facharbeiter, weniger Hilfsarbeiter im Bauhauptgewerbe



Die Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe Schleswig-Holsteins blieb im Juni 1968 gegenüber Mai 1968 fast konstant. Dabei ergab sich jedoch eine leichte Veränderung in der Beschäftigtenstruktur: während die Zahl der Facharbeiter um knapp 3 % zunahm, sank die Zahl der Hilfsarbeiter um 5 %. Ein Vergleich der Halbjahresergebnisse zeigt, daß im ersten Halbjahr 1968 im Durchschnitt 1 500 Personen (3 %) mehr beschäftigt waren als im ersten Halbjahr 1967.

Aus dem Inhalt

Bruttoinlandsprodukt 1967

Seite 195

Von den wirtschaftspolitischen Zielen konnte 1967 lediglich das der Preisstabilität erreicht werden, dagegen weder Vollbeschäftigung noch angemessenes Wachstum oder gar außenwirtschaftliches Gleichgewicht. Der Preisindex des Bruttoinlandsprodukts (BIP) jedoch stieg lediglich um 0,7 % an, das bedeutet die geringste Erhöhung des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus seit 1953. Das Konjunkturtief wirkte sich besonders im warenproduzierenden Gewerbe aus, und dort vor allem bei den Investitionsgüterindustrien, während die Nahrungs- und Genußmittelindustrie sich wieder einmal als wenig konjunkturanfällig erwies. Die unterschiedliche regionale Bedeutung dieser konjunkturellen und auch der strukturellen (Ruhr/Saar) Schwierigkeiten führte zu Unterschieden zwischen den Bundesländern in den Wachstumseinbußen des Jahres 1967. Schleswig-Holstein war, neben Rheinland-Pfalz, am wenigsten betroffen. Als Indikator für den Wohlstand in einem Land ist das BIP je Einwohner nicht geeignet. Ähnlich können auch an Hand des realen BIP je Einwohner Produktivitätsunterschiede zwischen den Ländern nur mit Vorbehalt – im allgemeinen nicht – behauptet werden.

Unnatürliche Todesfälle

Seite 199

Von den knapp 30 000 Gestorbenen des Jahres 1967 starben 2 500 eines unnatürlichen Todes. 1 800 von ihnen hatten einen Unfall erlitten, 700 verübten Selbstmord und 21 wurden ermordet oder totgeschlagen. Einem Unfall erlagen in den letzten Jahren stets mehr Männer und Knaben als Frauen und Mädchen, mit Ausnahme der Unfallart "Sturz", der wesentlich mehr Frauen zum Opfer fielen. Diese Unfallursache und die Kraftfahrzeugunfälle verschuldeten mit 790 und 710 die weitaus meisten tödlichen Unfälle vor allen übrigen Ursachen. Bei den Kfz-Unfällen waren mehr als doppelt so viele Männer wie Frauen betroffen. Die Zahl der Selbstmorde ist zwar leicht angestiegen, ihre Relation zur Bevölkerungszahl aber in den letzten Jahren ziemlich konstant geblieben. Von 10 000 Männern über 15 Jahren wählten 4 den Freitod, von 10 000 Frauen 2. Die Quoten nehmen mit steigendem Alter zu; auch die vollendeten Selbstmorde, im Vergleich zu den versuchten, werden mit dem Alter zahlreicher. Im Vergleich mit den anderen europäischen Ländern liegt die Selbstmordquote in der Bundesrepublik ziemlich hoch.

Baupreise im Bundesgebiet

Seite 201

Jahrelang herrschte auf dem Wohnungsbaumarkt eine starke Übernachfrage, der die Baufirmen nur mit langen Bauzeiten gerecht werden konnten. So wurden oft in einem Jahr mehr Wohnungen zum Bau genehmigt als fertiggestellt, so daß sich ein beträchtlicher Bauüberhang aufbaute. Erst 1966 wandelte sich diese Situation nachhaltig. Der Konjunkturschwung setzte im Tiefbau etwa zwei Jahre früher ein

als im Hochbau. Im Rahmen der Umstellung aller Preis- und Lohnindizes auf das Jahr 1962 hat das Statistische Bundesamt auch die Baupreisindizes auf dieser Basis neu berechnet. Dabei wurden auch die Wägungsschemata für die im Index vertretenen Einzelleistungen neu gefaßt. Eine Übersicht zeigt, auf welche Gegenstände sich die zwei Dutzend Baupreisindizes beziehen und wie diese sachlich miteinander zusammenhängen. In den neun Jahren von 1958 bis 1967 haben sich die gesamten Leistungen im Wohnungsbau durchschnittlich um 45 % verteuert. Erst im Herbst 1966 fingen die Preise im Wohnungsbau zu sinken an. Bei den reinen Baukosten werden – den Abschnitten des Bauens entsprechend – vier Untergruppen gebildet, auf die sich die Gesamtkosten verschieden aufteilen und die sich in den letzten Jahren unterschiedlich entwickelt haben. Erstmals werden auch Preisindizes für Baunebenkosten veröffentlicht (Baunebenleistungen, Entwässerungs- und Versorgungsanlagen, Außenanlagen u.a.). Auch die Preise für Instandhaltung von Wohngebäuden sind vertreten. Der Einfluß der Mehrwertsteuer wird durch Vergleich der Ergebnisse von November 1967 und Februar 1968, teilweise mit und ohne Mehrwertsteuer, untersucht. Für Private und die öffentliche Hand, die beide keine Vorsteuer abziehen können, stiegen die Baukosten durch die Mehrwertsteuer um 4 bis 5 %. Produzenten und Kaufleute dagegen sparen gegenüber der Zeit mit kumulativer Umsatzsteuer 4 bis 6 % an den reinen Baukosten für Büro- und Betriebsgebäude.

Körperschaftsteuer 1965

Seite 210

Annähernd 3 000 Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen waren 1965 körperschaftsteuerpflichtig. Reichlich 2 400 von ihnen wurden veranlagt, 1 700 davon hatten ein positives Einkommen in Höhe von zusammen 293 Mill. DM und wurden deshalb mit Körperschaftsteuer belastet, die für sie 117 Mill. DM ausmachte. Der durchschnittliche Steuersatz errechnet sich daraus mit 39,8 %, das ist weniger als 1961 (42,3 %). Die Veranlagung ergab auch 730 Verlustfälle, also solche mit negativem Einkommen. Im Steuerbilanzgewinn, der Ausgangsgröße für die Berechnung des zu versteuernden Einkommens, sind bereits eine Reihe von Abschreibungsbeträgen und Sondervergünstigungen nicht mehr enthalten. So ist in 143 Fällen von Sondervergünstigungen in Höhe von 38 Mill. DM Gebrauch gemacht worden. Dem Bilanzgewinn (163 Mill. DM) sind bestimmte Aufwendungen, die in der Buchhaltung als Betriebsausgaben behandelt worden sind, wieder hinzuzufügen (Zuschläge: 152 Mill. DM). Andere Bestandteile des Bilanzgewinns werden als abzugsfähige Ausgaben angesehen (Abschläge: 16 Mill. DM). Nach Berücksichtigung von Organschaftsgewinnen, Spenden- und Verlustabzügen sowie etwaigen Kapitalerträgen ergibt sich das zu versteuernde Einkommen mit 292 Mill. DM. Interessante Unterschiede bestehen in diesen Größen zwischen den verschiedenen Arten von Körperschaften, die auch in der Schichtung der einzelnen Einkommen wesentlich voneinander abweichen.

Das Bruttoinlandsprodukt 1967

Allgemeine Wirtschaftsentwicklung

Das wirtschaftliche Geschehen in der Bundesrepublik stand während des vergangenen Jahres ganz unter dem Eindruck der ersten schweren Rezession seit Bestehen der Bundesrepublik. Die Stagnation des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in jeweiligen Preisen und der Rückgang des realen BIP je Einwohner um 0,5% bedeuten eine Abschwächung des wirtschaftlichen Wachstums, wie sie seit 1950 keines der großen westeuropäischen Industrieländer hinnehmen mußte.

Von den wirtschaftspolitischen Zielen, wie sie im Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums in der Wirtschaft genannt sind, wurde 1967 lediglich das Ziel der Preisstabilität erreicht. Deragegenüber konnten weder Vollbeschäftigung noch angemessenes Wachstum oder gar außenwirtschaftliches Gleichgewicht verwirklicht werden. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen stieg im Februar 1967 mit über 673 000 auf eine Höhe, die seit 1959 nicht mehr zu beobachten gewesen war. Im Zuge der nachlassenden Inlandsnachfrage und einer für die Rezession typischen Abnahme der Importe stieg der Außenbeitrag, d. h. der Saldo aus Exporten und Importen im Sinne der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf die nie gekannte Höhe von 16 Mrd. DM. Der Außenbeitrag erreichte damit 3,3% des Bruttosozialprodukts, die Wirtschaft der Bundesrepublik verwendete also 3,3% des Bruttosozialprodukts weniger als sie erzeugte. Die Zielvorstellung des Bundeswirtschaftsministeriums von einem Prozent des Bruttosozialprodukts als Außenbeitrag zum Ausgleich der finanziellen Verpflichtungen der Bundesrepublik gegenüber dem Ausland wurde also weit überschritten.

Wie schon erwähnt, wurde lediglich das Ziel einer relativen Preisniveaustabilität erreicht: Der Preisindex des Bruttoinlandsprodukts, der die Preisentwicklung der Produktionsfaktoren im Inland gegenüber dem Basisjahr 1954 widerspiegelt, stieg 1967 lediglich um 0,7% von 144 auf 145 an. Das bedeutet die geringste Erhöhung des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus seit 1953. Diese Preisentwicklung läßt sich - wenn auch unter einem etwas anderen Aspekt¹ - auch am Preisindex der Lebenshaltung ablesen, der im Jahresdurchschnitt 1967 nur noch um 1,4% anstieg. Die Gesamtlebenshaltung eines 4-Personen Arbeitnehmerhaushalts hatte sich - jeweils gegenüber dem entsprechenden Vorjahr - 1966 und 1965 um 3,5 und 3,2% verteuert. Die allgemeine konjunkturelle Abwärtsbewegung, die

bereits 1966 eingesetzt hatte, verschärfte sich in den ersten Monaten 1967 erheblich. Erst jetzt trug die Wirtschaftspolitik der konjunkturellen Situation vermehrt Rechnung. Der erste Investitionshaushalt wurde verabschiedet, den privaten Investoren wurden Anreize in Form von Abschreibungserleichterungen gegeben, die Auftragsvergabe der Mittel aus dem Investitionshaushalt wurde beschleunigt und die Deutsche Bundesbank entschloß sich zum Jahreswechsel zur Aufgabe ihrer (passiven) restriktiven Geld- und Kreditpolitik. Gegen Mitte des vergangenen Jahres kam der Abschwung zum Stillstand und seit dem Spätsommer kann von einer langsamen konjunkturellen Wiederbelebung gesprochen werden. Dies spiegelt sich deutlich wider in den Halbjahresergebnissen, die für die Bundesrepublik errechnet wurden: Während das reale BIP im 1. Halbjahr 1967 um 1,6% hinter dem entsprechenden Vorjahresbetrag zurückblieb, setzte im 2. Halbjahr mit einem Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts um 1,3% das Wachstum wieder ein.

Bei der Beurteilung der Entwicklung seit Herbst 1967 darf das 2. Programm der Bundesregierung für besondere konjunktur- und strukturpolitische Maßnahmen nicht unerwähnt bleiben, das mit einer Auftragssumme von 5,3 Mrd. DM die investiven Ausgaben gegen Ende des Jahres konjunkturanregend beeinflusst hat, dessen volle Wirkung jedoch erst 1968 zum Tragen kommen dürfte.

Das BIP 1967 in den Bundesländern

Wie bereits 1966 wirkte sich das Konjunkturtief besonders im Warenproduzierenden Gewerbe aus. Innerhalb des warenproduzierenden Gewerbes waren wiederum vor allem die Investitionsgüterindustrien von der Rezession betroffen, während die Nahrungs- und Genussmittelindustrien sich wieder einmal als relativ wenig konjunkturanfällig erwiesen. An Ruhr und Saar wurden regionale Strukturprobleme durch konjunkturelle Einflüsse noch verschärft. Die unterschiedliche regionale Bedeutung dieser konjunkturellen und teils auch strukturellen Schwierigkeiten führte zu den regional sehr unterschiedlichen Wachstumseinbußen im Rezessionsjahr 1967, wie sie die Tabelle zeigt.

Schleswig-Holstein gehört - wie bereits 1966 - nach Rheinland-Pfalz zu den Bundesländern, die noch am wenigsten vom allgemeinen "Tief" betroffen waren, wenn auch das BIP in jeweiligen Preisen gegenüber 1966 in Schleswig-Holstein nur noch um 3,3% (1966: 7,4%) und in Rheinland-Pfalz um 5,4% (8,9%) zunahm.

Ein wesentlich günstigeres Bild ergibt sich

¹) siehe dazu Stat. Monatsh. S.-H. 1968, S. 30 (Februar)

Die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts 1967¹
in den Bundesländern

Land	Veränderung des Brutto- inlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in %		Bruttoinlandsprodukt 1967 in DM je Einwohner		
	1966	1967	Betrag	Veränd. gegenüb. Vorjahr in %	Bundes- gebiet = 100
- in jeweiligen Preisen -					
Schleswig-Holstein	7,4	3,3	6 947	2,1	85,9
Hamburg	6,6	2,3	14 341	2,9	177,3
Niedersachsen	5,9	- 0,6	6 961	- 1,1	86,0
Bremen	6,3	1,8	10 374	1,2	128,2
Nordrhein-Westfalen	4,6	0,0	8 381	- 0,2	103,6
Hessen	7,1	1,8	8 552	1,1	105,7
Rheinland-Pfalz	8,9	5,4	6 896	4,9	85,2
Baden-Württemberg	6,4	- 0,9	8 307	- 1,4	102,7
Bayern	7,1	0,2	7 389	- 0,5	91,3
Saarland	2,4	- 1,4	6 545	- 1,5	80,9
Berlin-West	6,8	2,2	8 831	3,1	109,2
Bundesgebiet	6,1	0,6	8 090	0,2	100,0
- in Preisen von 1954 -					
Schleswig-Holstein	3,3	3,1	4 601	1,9	82,5
Hamburg	2,7	1,2	9 871	1,8	177,0
Niedersachsen	1,8	- 0,7	4 826	- 1,1	86,5
Bremen	2,7	2,1	7 078	1,5	126,9
Nordrhein-Westfalen	1,1	- 1,0	5 841	- 1,2	104,7
Hessen	3,3	0,9	5 887	0,2	105,6
Rheinland-Pfalz	4,5	5,8	4 840	5,3	86,8
Baden-Württemberg	2,3	- 1,4	5 678	- 1,9	101,8
Bayern	3,2	- 0,2	5 058	- 0,9	90,7
Saarland	0,3	- 2,3	4 396	- 2,3	78,8
Berlin-West	2,0	- 0,3	6 059	0,6	108,6
Bundesgebiet	2,2	- 0,1	5 577	- 0,5	100,0

1) erste vorläufige Ergebnisse

für beide Länder, wenn Preiseinflüsse herausgerechnet werden: Die Steigerung der am BIP in Preisen von 1954 gemessenen mengenmäßigen Leistung fiel 1967 in Schleswig-Holstein mit 3,1% nur geringfügig kleiner aus als im Vorjahr.

In Rheinland-Pfalz führte die extreme Preisentwicklung im vergangenen Jahr sogar dazu, daß die mengenmäßige Steigerung der wirtschaftlichen Leistung 1967 mit 5,8% gegenüber dem Vorjahr größer war als die Erhöhung des BIP gemessen in Preisen des Jahres 1967. Rheinland-Pfalz ist damit das einzige Bundesland, in dem die reale Steigerung der wirtschaftlichen Gesamtleistung 1967 höher ausfiel als 1966.

Infolge einer in Schleswig-Holstein weiter gewachsenen Wohnbevölkerung konnte die Zuwachsrates des BIP in jeweiligen Preisen je Einwohner mit 2,1% nur geringer ausfallen als die des absoluten BIP, nach Ausschaltung der Preiseinflüsse verbleibt für Schleswig-Holstein noch ein Zuwachs des realen BIP je Einwohner um 1,9%. Mit diesem Zuwachs nimmt Schleswig-Holstein hinter Rheinland-Pfalz

(+ 5,3%) den zweiten Platz in der Reihe der Bundesländer ein. Die Meßziffer, die das reale BIP je Einwohner in Prozent des Bundesdurchschnitts angibt, stieg von 80,6 (1966) auf 82,5. In absoluten Zahlen ausgedrückt erreichte das reale BIP je Einwohner 1967 in Schleswig-Holstein 4 601 DM und bleibt damit erheblich hinter dem Bundesdurchschnitt (5 577 DM) zurück. Wegen der immer wieder vorkommenden Fehlinterpretationen der letztgenannten Zahlen als Kennziffern für ein regionales "Wohlstands"- oder auch Produktivitätsgefälle, werden die Zusammenhänge noch einmal kurz erläutert.

Das BIP je Einwohner - ein Maß für Wohlstands- oder Produktivitätsunterschiede?

Für die Beurteilung der "Wohlstands"- oder Einkommenssituation eines Schleswig-Holsteiners macht es keinen Unterschied, ob er sein Einkommen als Entgelt für seine Beteiligung an der Erstellung des Hamburger BIP erhält oder ob er seine Leistung im "Inland", hier in Schleswig-Holstein, erbracht hat. Genau diese Unterscheidung wird aber gemacht, wenn das BIP je Einwohner als Indikator für die "Wohlstandssituation" gewählt wird, denn von Schleswig-Holsteinern außerhalb des Landes erbrachte wirtschaftliche Leistungen werden im Zähler der Meßzahl BIP je Einwohner in Schleswig-Holstein nicht berücksichtigt.² In ähnlicher Weise fehlinterpretiert wird die Meßzahl reales BIP je Einwohner, wenn oft behauptet wird, sie spiegelte regionale Produktivitätsunterschiede wider. Diese Interpretation ist - ohne Einschränkungen - dann richtig, wenn regional keine nennenswert voneinander abweichenden Pendlerverhältnisse und Erwerbsquoten vorhanden sind. Wie groß der Einfluß der letztgenannten Faktoren allerdings sein kann, soll anhand eines Vergleichs des realen BIP je Einwohner und der Produktivität im Bundesgebiet und in Schleswig-Holstein verdeutlicht werden.

Das reale BIP je Einwohner 1967 läßt sich darstellen als Produkt aus dem realen BIP je durchschnittlich während eines Jahres im Inland Erwerbstätigen und dem Anteil dieser durchschnittlich im Inland Erwerbstätigen an der durchschnittlichen Wohnbevölkerung des Jahres 1967.

Es gilt³:

$$\frac{\text{BIP in Preisen von 1954}}{\text{D Wohnbevölkerung}} = \frac{\text{BIP in Preisen von 1954}}{\text{D im Inland Erwerbstätige}} \times \frac{\text{D im Inland Erwerbstätige}}{\text{D Wohnbevölkerung}}$$

2) siehe dazu auch Stat. Monatsh. S.-H. 1968, S. 28 (Februar) und insbesondere Stat. Monatsh. S.-H. 1968, S. 147 (Juli)

3) Nach Herauskürzen des Ausdrucks "D im Inland Erwerbstätige" auf der rechten Seite der Gleichung ist die Identität sofort ersichtlich

Dabei stellt der erste Faktor auf der rechten Seite der Gleichung die Produktivität der menschlichen Arbeitskraft dar. Beim zweiten Faktor handelt es sich um eine "modifizierte" Erwerbstätigenquote, die angibt, wieviel Prozent der Wohnbevölkerung eines Landes an der Erstellung des BIP eben dieses Landes beteiligt waren. Diese modifizierte Erwerbstätigenquote wird berechnet, indem im Zähler der hergebrachten Erwerbstätigenquote⁴ auch der Pendlersaldo berücksichtigt wird.

Eine so errechnete Erwerbstätigenquote ergibt 1967 für Schleswig-Holstein einen Wert von 0,3695 bei einer Produktivität von 12 477 DM BIP je Erwerbstätigen und 0,4371 für den Bund bei einer Produktivität von 12 761 DM. Das reale BIP je Einwohner läßt sich also für das Bundesgebiet und für Schleswig-Holstein wie folgt schreiben:

$$\text{Bundesgebiet: } 5\,577 \text{ DM} = 12\,761 \text{ DM} \times 0,4371$$

$$\text{Schleswig-Holstein: } 4\,601 \text{ DM} = 12\,447 \text{ DM} \times 0,3694$$

Der Vorteil, das reale BIP je Einwohner als Produkt aus Produktivität und modifizierter Erwerbstätigenquote zu schreiben, liegt auf der Hand: Man erkennt so, inwieweit ein unterschiedliches BIP je Einwohner auf Produktivitätsunterschiede zurückzuführen ist und inwieweit es sich aus voneinander abweichenden Erwerbsintensitäten oder Pendlerverhältnissen erklären läßt. Im vorliegenden Vergleich zwischen dem Bundesgebiet und Schleswig-Holstein ist es nämlich nicht der relativ geringfügige Produktivitätsvorsprung des Bundesgebiets gegenüber Schleswig-Holstein, der das starke Zurückbleiben des BIP je Einwohner bewirkt, sondern die Tatsache, daß von je 10 000 zur Wohnbevölkerung Schleswig-Holsteins gehörenden Menschen nur knapp 3 700 an der Erstellung des heimischen BIP in Schleswig-Holstein beteiligt waren, während immerhin 4 370 je 10 000 Einwohner innerhalb der Grenzen des Bundesgebiets erwerbstätig waren. Die Differenz von 670 im Inland erwerbstätigen Personen erklärt sich zu knapp 55% aus der beträchtlich unter dem Bundesdurchschnitt liegenden Erwerbstätigenquote⁵ der schleswig-holsteinischen Wohnbevölkerung. Die restliche Differenz geht auf den hohen Auspendlerüberschuß Schleswig-Holsteins zurück, der wiederum eine Folge des unterschiedlichen Verhältnisses zwischen Arbeitsplatzkapazität und Arbeitskraftpotential in Hamburg einerseits und in Schleswig-Holstein andererseits ist.

4) Anteil der Erwerbstätigen an der Wohnbevölkerung nach dem Inländerkonzept.

5) Im April 1967 betrug nach den Ergebnissen des Mikrozensus der Anteil der Erwerbstätigen an der schleswig-holsteinischen Wohnbevölkerung 40,1 % gegenüber 43,7 % im Bundesdurchschnitt

Die Entwicklung in den Wirtschaftsbereichen

Wie bereits angedeutet, waren rezessive Einflüsse besonders im Warenproduzierenden Gewerbe wirksam. Im Bundesgebiet trat in diesem Bereich der Wirtschaft gegenüber 1966 mit minus 3,1% erstmals ein Rückgang ein und auch Schleswig-Holstein mußte mit einer Zuwachsrate von 1,8% - verglichen mit der Leistungssteigerung des Vorjahres (7,5%) - eine empfindliche Wachstumseinbuße hinnehmen. In den übrigen Bereichen der Wirtschaft zusammen genommen konnte 1967 im Bundesgebiet wie in Schleswig-Holstein noch eine Wachstumsrate von annähernd 5% erzielt werden. Die unterschiedliche Intensität der konjunkturellen Einflüsse auf das Wachstum des BIP im Bundesgebiet und in Schleswig-Holstein erklärt sich also fast ausschließlich durch die unterschiedliche Konjunkturereagibilität des Verarbeitenden Gewerbes, das hier wie dort den größten Wirtschaftsbereich darstellt. Eine entscheidende Rolle spielen dabei unterschiedliche Strukturgewichte einiger Teilbereiche der Industrie. So sind in Schleswig-Holstein einige besonders vom konjunkturellen Rückgang betroffene Industriezweige wie z. B. der Straßenfahrzeugbau so schwach vertreten, daß sich ein Produktionsrückgang auch nicht annähernd so stark auf die Entwicklung der gesamten Industrieproduktion auswirkt wie im Bundesgebiet. Der Straßenfahrzeugbau, der im Bundesdurchschnitt einen Rückgang seiner mengenmäßigen Produktion um 15% hinnehmen mußte, trägt hier immerhin 6% zum Nettoproduktionswert der gesamten Industrie des Bundes bei, während sein Anteil in Schleswig-Holstein 1% ausmacht.

Auf der anderen Seite konnte die nur wenig konjunkturereagible Nahrungs- und Genußmittelindustrie - die mengenmäßige Produktion erhöhte sich im Bundesgebiet wie in Schleswig-Holstein um rund 2% - in Schleswig-Holstein wesentlich mehr zur Stabilisierung der gesamten Industrieproduktion beitragen als im Bundesgebiet, weil ihr Anteil, fast ein Drittel der gesamten Industrieproduktion, in unserem Bundesland erheblich höher ist als im Bundesdurchschnitt (11%).

Entscheidend geprägt wurde die negative Entwicklung des industriellen Bereichs im Bundesgebiet durch den Rückgang der Investitionsgüterproduktion, der bereits im 2. Halbjahr 1966 einsetzte und damit die Erfahrung bestätigte, daß zu Beginn einer Rezession der Rückgang der Investitionsgüternachfrage (und -produktion) der Einschränkung der Verbrauchsgüterproduktion zeitlich vorangeht⁶. Im Investitionsgütersektor betrug die mengen-

6) Die Abschwächung des Wachstums der Investitionsgüternachfrage setzte schon im 2. Halbjahr 1965 ein und führte bereits zu diesem Zeitpunkt zu einer Anpassung der Lagerbestände

Das Bruttoinlandsprodukt 1960 – 1967 nach Wirtschaftsbereichen

– in jeweiligen Preisen –

Jahr	Schleswig-Holstein					Bundesgebiet				
	Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	Übriges warenproduzierendes Gewerbe ¹	Handel und Verkehr ²	Übrige Dienstleistungsbereiche ³	Bruttoinlandsprodukt insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	Übriges warenproduzierendes Gewerbe ¹	Handel und Verkehr ²	Übrige Dienstleistungsbereiche ³	Bruttoinlandsprodukt insgesamt
Mill. DM										
1960	1 292	4 304	1 910	2 400	9 906	17 720	158 080	58 490	62 350	296 640
1961	1 383	4 850	2 115	2 679	11 027	17 940	174 700	63 400	70 560	326 600
1962	1 459	5 386	2 407	2 915	12 167	17 970	189 910	69 670	77 330	354 880
1963	1 493	5 818	2 545	3 232	13 088	19 280	199 000	73 920	85 760	377 960
1964	1 651	6 179	2 758	3 605	14 193	20 510	218 910	80 610	94 570	414 600
1965	1 667	6 784	3 027	4 093	15 572	20 130	238 870	88 370	106 460	453 830
1966 ⁴	1 660	7 290	3 223	4 551	16 723	20 270	248 270	93 930	119 040	481 510
1967 ⁵	1 600	7 400	3 300	4 900	17 300	20 490	240 660	94 760	128 490	484 400
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %										
1960	7,4	8,9	7,5	12,8	9,4	5,0	20,0	16,3	20,2	18,3
1961	7,0	12,7	10,5	11,6	11,3	1,2	10,5	8,4	13,2	10,1
1962	5,5	11,1	13,8	8,8	10,3	0,2	8,7	9,9	9,6	8,7
1963	2,3	8,0	5,7	10,9	7,6	7,3	4,8	6,1	10,9	6,5
1964	10,6	6,2	8,4	11,5	8,4	6,4	10,0	9,1	10,3	9,7
1965	1,0	9,8	9,7	13,6	9,7	- 1,9	9,1	9,6	12,6	9,5
1966 ⁴	- 0,4	7,5	6,5	11,2	7,4	0,7	3,9	6,3	11,8	6,1
1967 ⁵	- 1,4	1,8	1,7	8,6	3,3	1,1	- 3,1	0,9	7,9	0,6
Anteile der Wirtschaftsbereiche in %										
1960	13,0	43,4	19,3	24,2	100	6,0	53,3	19,7	21,0	100
1961	12,5	44,0	19,2	24,3	100	5,5	53,5	19,4	21,6	100
1962	12,0	44,3	19,8	24,0	100	5,1	53,5	19,6	21,8	100
1963	11,4	44,5	19,4	24,7	100	5,1	52,7	19,6	22,7	100
1964	11,6	43,5	19,4	25,4	100	5,0	52,8	19,4	22,8	100
1965	10,7	43,6	19,4	26,3	100	4,4	52,6	19,5	23,5	100
1966 ⁴	9,9	43,6	19,3	27,2	100	4,2	51,6	19,5	24,7	100
1967 ⁵	9,5	42,9	19,0	28,6	100	4,2	49,7	19,6	26,5	100

1) Energiewirtschaft und Bergbau, verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe

2) einschließlich Nachrichtenübermittlung

3) Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, Wohnungsvermietung, Staat, Dienstleistungen (von Unternehmen und freien Berufen erbracht), private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter

4) vorläufige Ergebnisse

5) erste vorläufige Ergebnisse

mäßige Produktionseinbuße 7% bei einem Anteil von fast 32% am Nettoproduktionswert der gesamten Industrie. In Schleswig-Holstein ist das Gewicht dieses besonders konjunktur-reagiblen Bereichs mit einem Anteil von gut 20% nicht so groß wie im Bundesgebiet; zum anderen wurde ein Rückgang im Maschinenbau durch eine relativ günstige Entwicklung im Schiff- und Stahlbau annähernd kompensiert.

Der Beitrag des verarbeitenden Gewerbes insgesamt zum BIP ist infolge der geschilderten relativ ungünstigen Entwicklung im Rezessionsjahr 1967 im Bundesgebiet wie auch in Schleswig-Holstein auf einen Stand zurückgefallen, der seit 1951 im Bundesgebiet und seit 1957 in Schleswig-Holstein nicht mehr zu verzeichnen gewesen war.

Die relative Bedeutung der Landwirtschaft hat – im ganzen gesehen – sowohl im Bundesgebiet wie in Schleswig-Holstein von Jahr zu Jahr

abgenommen. Eine gewisse Konstanz ist im Bereich Handel und Verkehr zu beobachten, der seit 1960 im Bundesdurchschnitt wie in Schleswig-Holstein einen Beitrag von gut 19% zur wirtschaftlichen Gesamtleistung erbringt. Ständig im Ansteigen begriffen ist dagegen die Bedeutung der übrigen Dienstleistungen, deren Beitrag zum BIP 1967 im Bundesgebiet erstmals mehr als 25% ausmachte. Auch im Rezessionsjahr 1967 übertraf das Wachstum in den Dienstleistungsbereichen die Zuwachsraten in den übrigen Bereichen beträchtlich.

Bei einem Vergleich dieser Raten darf allerdings nicht übersehen werden, daß es sich um eine Betrachtung in jeweiligen Preisen handelt. Wird die Preisentwicklung herausgerechnet, so findet sich die größte mengenmäßige Leistungssteigerung 1967 im Bundesgebiet nicht in den Dienstleistungsbereichen sondern in der Landwirtschaft, die ihren Beitrag zum BIP in Preisen von 1954 um 8,7% erhöhen konnte, während der Beitrag der Landwirtschaft in

jeweiligen Preisen nur um 1,1% gegenüber 1966 angestiegen ist. Die entsprechenden Ergebnisse in Preisen von 1954 liegen zur Zeit für Bundesländer noch nicht vor, doch läßt sich bereits jetzt sagen, daß bei

realer Betrachtungsweise auch die schleswig-holsteinische Landwirtschaft 1967 eine Zuwachsrate erreicht hat, die die der übrigen Bereiche deutlich übertrifft.

Dipl.-Volksw. Günter Kornetzky

Unnatürliche Todesfälle 1967

Über jeden Todesfall stellt der hinzugerufene Arzt eine Todesbescheinigung aus. In Schleswig-Holstein wird, wie in den meisten Bundesländern, die sogenannte "vertrauliche Todesbescheinigung" verwandt. Die nur für das Gesundheitsamt bestimmten Angaben über die Todesursache sind dabei dem Standesbeamten, der der Todesbescheinigung die für das Sterbecbuch bestimmten Eintragungen entnimmt, nicht zugänglich. Das Statistische Landesamt erhält von den Standesämtern für jeden Todesfall ein Sterbefallzählblatt, das bestimmte Angaben über die Person des Verstorbenen enthält. Aus den von den Gesundheitsämtern kurzfristig überlassenen Todesbescheinigungen übernimmt das Statistische Landesamt die Todesursache. Sterbefallzählblatt und Todesbescheinigung sind also das Urmaterial für die amtliche Todesursachenstatistik.

Nach der Todesursachenstatistik sind 1967 29 556 Einwohner Schleswig-Holsteins gestorben, davon 2 515 eines unnatürlichen Todes. Von diesen 2 515 Personen, deren Todesart im folgenden näher untersucht werden soll, erlagen 1 806 den Folgen eines Unfalls; 688 suchten den Tod und 21 fielen einem Mordanschlag oder Totschlag zum Opfer.

Die Unfälle

Unfälle fordern von Jahr zu Jahr. mehr Menschenleben. Das hat im wesentlichen zwei Gründe: den steigenden Kraftfahrzeugbestand und damit zunehmende Straßenverkehrsunfälle und die mit der Zahl alter Leute wachsende Zahl tödlich verlaufender Stürze.

Todesfälle durch Unfall

	1958	1960	1962	1964	1966	1967
männlich	772	802	953	976	986	971
weiblich	457	551	576	721	764	835
zusammen	1 229	1 353	1 529	1 697	1 750	1 806

Ein Blick auf die Unfallzahlen der letzten zehn Jahre lehrt, daß stets mehr Männer und Knaben als Frauen und Mädchen einem Unfall erlagen. Die einzige Unfallart, der wesentlich mehr Frauen als Männer zum Opfer fielen, sind die Stürze. An ihren Folgen starben z. B. 1967 567 weibliche Einwohner, aber nur 222 männliche. In der Hauptsache kamen durch einen Sturz ältere Menschen ums Leben. Die aus einem Sturz resultierende Sterblichkeit nimmt dabei mit steigendem Lebensalter stark zu, wie sich aus der folgenden Tabelle ablesen läßt.

Todesfälle durch Sturz

— berechnet aus den Ereignissen der Jahre 1958 bis 1967, auf 10 000 der durchschnittlichen Bevölkerung—

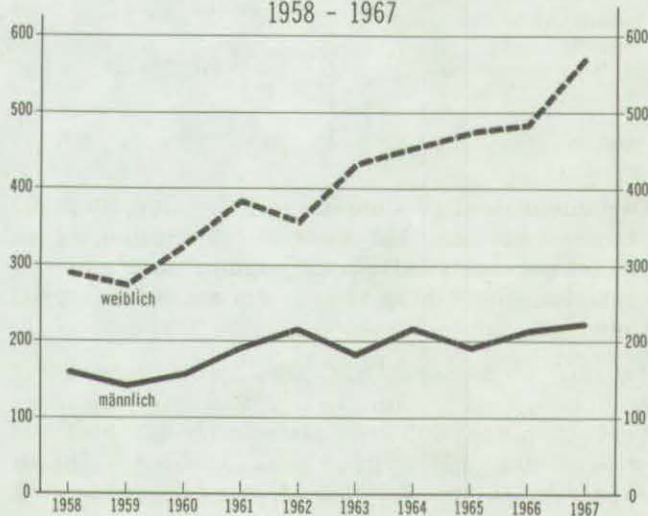
Alter	Männlich	Weiblich
65 – 70	2,5	2,6
70 – 75	4,7	7,0
75 – 80	11,7	20,9
80 – 85	25,5	55,5
85 – 90	61,7	123,3
90 und mehr	162,7	216,1

Es handelt sich dabei nicht etwa vorwiegend um Stürze auf Treppen, von Leitern usw., sondern hauptsächlich um Stürze auf gleicher Ebene (Stolpern über Teppiche, über Fußschwellen, Ausrutschen). Durch sie erleiden alte Leute oft Brüche, insbesondere Oberschenkelhalsbrüche. Die damit verbundenen Komplikationen führen schließlich zum Tode. An diesem Beispiel läßt sich auch erkennen, wie die Todesursache statistisch ermittelt wird. Entscheidend ist grundsätzlich die Krankheit (oder die Verletzung oder der Unfall), die den Todesfall ausgelöst hat, also das Grundleiden.

Die Tabelle zeigt auch, daß die Wahrscheinlichkeit, durch einen Sturz ums Leben zu kommen, für eine Frau über 65 Jahre erheblich höher ist als für einen gleichaltrigen Mann.

D – 3935

Todesfälle durch Stürze
1958 – 1967



Die stärker steigende Zahl an Frauen über 65 Jahre hat in den letzten Jahren zu einem stärkeren Anstieg der einem Sturz zum Opfer fallenden weiblichen Personen geführt, als er bei den Männern zu beobachten ist.

Nach einem Kraftfahrzeugunfall starben 1967 512 männliche und 201 weibliche Personen. Gegenüber 1958 ist die Zahl der Unfalltoten um das Anderthalbfache gestiegen. Um Mißverständnissen vorzubeugen sei darauf hingewiesen, daß Statistiken, die die Straßenverkehrstoten nach dem Ort des Unfalls (Ereignisort) erfassen, andere Zahlen ausweisen müssen. Die Statistik der Straßenverkehrsunfälle ermittelt z. B. für das Jahr 1967 742 Verkehrstote auf schleswig-holsteinischen Straßen. Die an dieser Stelle veröffentlichten Zahlen beziehen sich dagegen immer auf Bewohner Schleswig-Holsteins (Wohnortprinzip).

Unfälle im Jahre 1967

Unfallort	Unfälle insgesamt	davon	
		männlich	weiblich
Kraftfahrzeugunfälle	713	512	201
Sonstige Fahrzeugunfälle	29	26	3
Unfälle durch Sturz	789	222	567
darunter			
Sturz aus der Höhe	116	70	46
Sturz auf gleicher Ebene	672	151	521
Unfälle durch Maschinen, Feuer, Feuerwaffen, elektrischen Strom, Verbrühen	48	39	9
davon			
Unfälle durch Maschinen	11	11	—
Unfälle durch Feuer und Explosion	12	11	1
Verbrennen und Verbrühen (ausgenommen durch Feuer)	9	3	6
Unfälle durch elektr. Strom	13	11	2
Unfälle durch Feuerwaffen	3	3	—
Vergiftungen	37	25	12
darunter			
Alkoholvergiftung	13	11	2
Vergiftung durch Koch- und Leuchtgas	8	4	4
Sonstige Unfälle	190	147	43
darunter			
Mechanisches Ersticken	26	17	9
Ertrinken	85	76	9
Insgesamt	1 806	971	835

Der unvorsichtige Umgang mit Geräten, Feuer, Strom und Gas hat über 50 Menschen das Leben gekostet. Allein 21 kamen durch einen elektrischen Schlag oder durch Koch- und Leuchtgas um.

Jungen sind erheblich unfallgefährdeter als Mädchen. 121 Jungen unter 15 Jahren verunglückten tödlich, aber nur 64 gleichaltrige Mädchen. Ein krasser Unterschied ergibt sich z. B. bei den Ertrunkenen. Von den

noch nicht 15 Jahre alten Kindern, die im Berichtsjahr ertranken, waren 22 Jungen und nur 4 Mädchen.

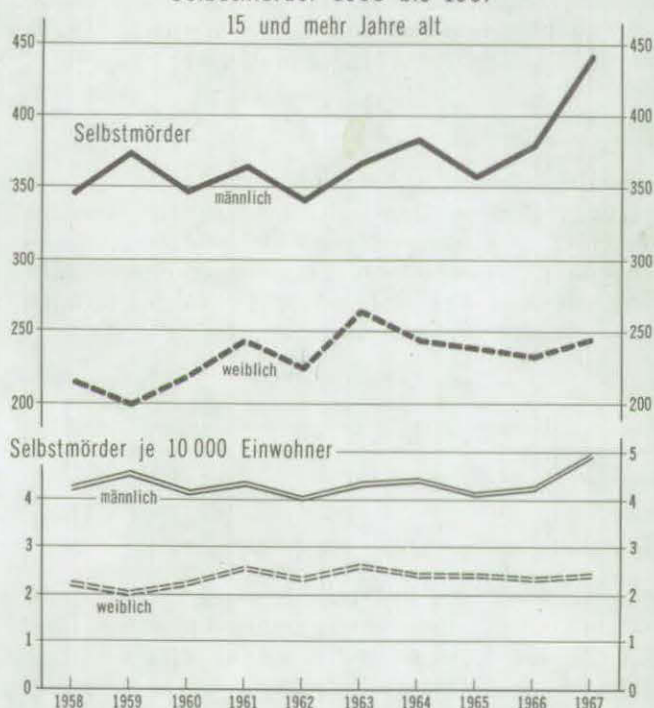
1967 mußten auch 18 Kleinkinder unter einem Lebensjahr durch einen Unfall sterben; 17 von ihnen sind erstickt.

Die Selbstmorde

Jahr für Jahr scheiden über ein halbes Tausend Einwohner Schleswig-Holsteins freiwillig aus dem Leben. Der leichte Anstieg, den die Selbstmordzahlen für die letzten zehn Jahre ausweisen, ist auf die gestiegene Bevölkerungszahl und auf Verschiebungen im Altersaufbau zurückzuführen. Ohne die noch nicht 15jährigen, die selten den Freitod wählen, begehen jedes Jahr von 10 000 Männern rund 4 und von 10 000 Frauen rund 2 einen Selbstmord. Im zweiten Bild sind die absoluten Zahlen und die Selbstmordhäufigkeiten dargestellt. Das Jahr 1967 fällt dadurch auf, daß in ihm besonders viele Männer den Freitod gewählt haben. Ob das mit der wirtschaftlichen Unsicherheit dieses Jahres zusammenhängt oder auf andere Gründe zurückzuführen ist, läßt sich freilich nicht sagen, da die Todesursachenstatistik nicht nach dem Tatmotiv und dem unmittelbaren Anstoß zur Tat fragt.

D - 3936

Selbstmörder 1958 bis 1967

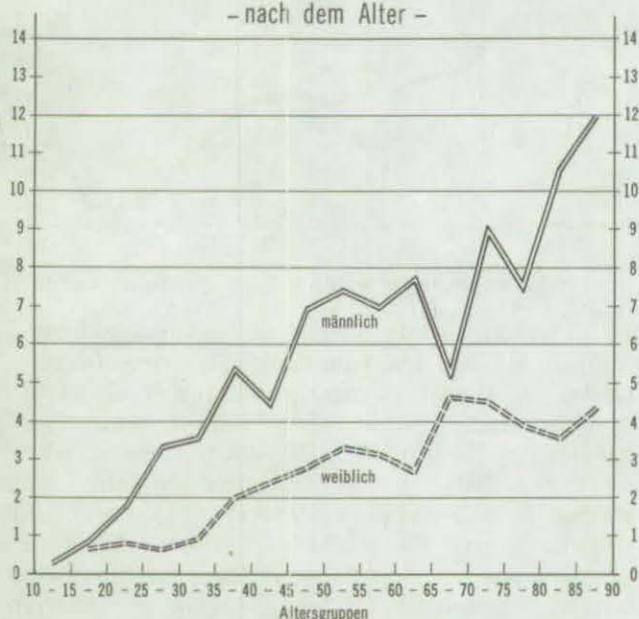


Männer scheiden häufiger freiwillig aus dem Leben als Frauen. Das gilt 1967, wie das dritte Bild zeigt, für jedes Lebensalter. Für beide Geschlechter ergibt sich dabei ein deutliches Ansteigen der Selbstmordhäufigkeit mit dem Alter. Je älter ein Mensch wird, desto mehr Probleme stellen sich ihm. Er übernimmt Verantwortung für andere, sei es seine

Familie oder sein Betrieb. Wirtschaftliche und menschliche Schwierigkeiten lassen ihn oft keinen Ausweg sehen. Seine Ehe kann zerbrechen, sein Ehepartner sterben, sein Geschäft vom Konkurs bedroht sein. Schwerere Krankheiten, oft unheilbarer Art, stellen sich ein. Die registrierende Statistik gestattet nur einen flüchtigen Blick in diese Zusammenhänge. Sie zeigt z. B., daß verwitwete und geschiedene Personen häufiger den Freitod wählen als verheiratete, und daß der persönliche Kontakt, der auf dem Lande und zum Teil noch in den kleineren Gemeinden herrscht, offenbar viele Menschen den letzten Schritt nicht tun läßt. In den beiden Großstädten des Landes ist die Selbstmordrate nämlich höher als in den übrigen Teilen Schleswig-Holsteins.

D - 3937

Selbstmörder je 10 000 Einwohner 1967
- nach dem Alter -



Ältere Leute betreiben die Selbstmordversuche viel ernsthafter als die Jüngeren, die ihren Angehörigen, Nachbarn oder Freunden vielfach bewußt Gelegenheit geben, rettend einzugreifen. Ein unheilbar Kranker will dagegen sterben, um von seinen Leiden erlöst zu sein, und nicht die Umwelt auf seine Probleme aufmerksam machen. Einen Einblick in diese Zusammenhänge gibt die folgende Tabelle, deren Zahlen der polizeilichen Kriminalstatistik entnommen sind. Mehr als eine ungefähre Vorstellung kann die Tabelle jedoch nicht bieten, da die Selbstmordversuche nur zu einem geringen Teil bekannt werden. Die Tabelle zeigt jedoch, daß die Ernsthaftigkeit

Versuchte und vollendete Selbstmorde 1963 bis 1966

Alter	Versuchte und vollendete Selbstmorde	darunter vollendete Selbstmorde	
		Anzahl	in %
unter 18	171	33	19,3
18 - 30	1 240	323	26,0
30 - 45	922	371	40,2
45 - 60	1 133	712	62,8
60 und mehr	1 130	879	77,8

der Selbstmordversuche offenbar mit steigendem Alter stetig anwächst.

Fast die Hälfte aller Selbstmörder des Jahres 1967 nahmen sich durch Erhängen oder Erdrosseln das Leben. Die Männer zogen allerdings in erheblich stärkerem Maße als die Frauen diese Selbstmordart vor; denn 56% der 444 männlichen und nur 35% der 244 weiblichen Selbstmörder erhängten oder erdrosselten sich.

Selbstmorde und Todesfälle durch Selbstbeschädigung 1967

Art des Selbstmordes	Insgesamt	Männlich	Weiblich
Schlaf- und schmerzstillende Mittel	141	62	79
Koch- und Leuchtgas	29	13	16
Sonstige feste, flüssige und gasförmige Stoffe	61	48	13
Erhängen und Erdrosseln	333	248	85
Ertrinken	52	21	31
Feuerwaffen und Sprengstoffe	23	22	1
Schneidende und stechende Werkzeuge	8	7	1
Sturz aus der Höhe	13	5	8
Überfahrenlassen	11	9	2
Auf sonstige Art und Weise	17	9	8
Insgesamt	688	444	244

Die Frauen setzten ihrem Leben vor allem durch Gift ein Ende. 79 von ihnen griffen zu Schlaf- und Beruhigungsmitteln, 16 atmeten Koch- und Leuchtgas ein, 13 weitere nahmen andere Giftstoffe zu sich. Damit starben 44% der Selbstmörderinnen an Gift, von den Männern dagegen nur 28% (123).

Ein Blick auf die Tabelle zeigt weitere Unterschiede auf. So gingen 13% der weiblichen, aber nur 5% der männlichen Selbstmörder ins Wasser, und 22 Männern, die sich mit einer Feuerwaffe oder mit Sprengstoff ums Leben brachten, steht nur eine Frau gegenüber, die die gleiche Todesart wählte.

Dipl.-Volksw. Gustav Thissen

Die Preisentwicklung in der Bauwirtschaft im Bundesgebiet

Die Lage auf dem Baumarkt

Jahrelang herrschte infolge des großen Nachholbedarfs eine starke Übernachfrage auf dem

Wohnungsbaumarkt. Die Baufirmen konnten dem Ansturm der Bauaufträge trotz ständiger Kapazitätserweiterungen nur mit ziemlich

langen Bauzeiten gerecht werden. So war die Zahl der Baugenehmigungen meistens merklich größer als die Zahl der hergestellten Wohngebäude. 1961 und 1962 war die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsbaumarkt am größten; in beiden Jahren wurden rund 650 000 Wohnungen zum Bau genehmigt, aber nur rund 570 000 fertiggestellt. Diese starke Übernachfrage führte zu einem beträchtlichen Bauüberhang¹, der Ende 1962 mit 810 000 Wohnungen seinen Höchststand erreichte.

Die Lage auf dem Wohnungsbaumarkt im Bundesgebiet

	Im Laufe des Jahres		Bauüberhang am Ende des Jahres
	zum Bau genehmigte	fertiggestellte	
	Wohnungen		
	1 000 Wohnungen		
1959	624,4	588,7	637,2
1960	635,8	574,4	681,9
1961	648,8	565,8	744,1
1962	648,1	573,4	809,9
1963	575,7	569,6	806,9
1964	601,0	623,8	773,4
1965	622,8	591,9	797,4
1966	581,5	604,8	767,0
1967	532,8	572,3	709,2

Aber 1966 wandelte sich die Wirtschaftslage in der Bundesrepublik und damit auch die Situation auf dem Wohnungsbaumarkt. Hatte der Beginn des Jahres noch im Zeichen der Hochkonjunktur gestanden, so war das Ende durch eine deutliche Konjunkturabschwächung gekennzeichnet. Auch in der Bauwirtschaft ging die Nachfrage merklich zurück. Zwar wurde von Anfang Januar bis Ende Juni 1966 trotz der sich abzeichnenden Finanzierungsschwierigkeiten noch ein etwas umfangreicheres Volumen an Genehmigungen für Hochbauten erteilt als im ersten Halbjahr 1965, aber ab Juli 1966 setzte ein merklicher Rückgang der Baugenehmigungen ein. In der zweiten Hälfte 1966 lagen die Baufreigaben im Wohnungsbau um knapp 13% und im Nichtwohnungsbau um gut 8% niedriger als im zweiten Halbjahr 1965.

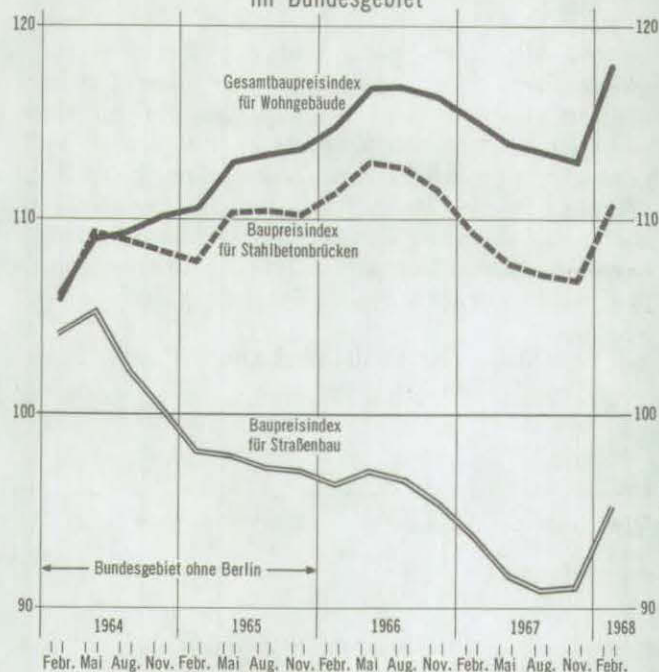
1967 hatte das Bauhauptgewerbe den schärfsten Konjunkturrückschlag seit der Währungsreform zu verzeichnen. Nachfrage, Beschäftigung und Produktion gingen erheblich zurück. Die Zahl der zum Bau genehmigten Wohnungen nahm um annähernd 50 000 gegenüber 1966 und um 90 000 gegenüber 1965 ab. Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen sank gegenüber 1966 um 33 000 und der Bauüberhang schrumpfte um 58 000 gegenüber dem Vorjahr und um fast 90 000 gegenüber 1965. Im Bauhauptgewerbe wurden 1967 etwa 152 000 Arbeitnehmer

1) Zum Bauüberhang gehören alle Wohnungen, die zwar genehmigt aber noch nicht fertiggestellt waren

weniger beschäftigt als 1966. An Umsatzerlösen wurden 1967 2,5 Mrd. DM oder 5,4% weniger erzielt als 1966.

D - 3939

Die Preisentwicklung im Wohnungs-, Straßen- und Brückenbau im Bundesgebiet



Im Tiefbau setzte der Konjunkturumschwung früher ein als im Hochbau. Seit der Jahresmitte 1964 wurde vom gesamten Tiefbau ein starker Auftragsmangel gemeldet. Die Tiefbauunternehmen hatten nämlich unter dem starken Nachfragedruck der vorhergehenden Jahre ihre Kapazitäten stark erweitert, so daß ihr Angebot an Bauleistungen bemerkenswert gewachsen war². Diesen Kapazitätsausweitungen standen ab Mitte 1964 eine rückläufige Nachfrage gegenüber. Die Folge davon waren sinkende Preise für Tiefbauleistungen. Das obenstehende Bild veranschaulicht, daß der Preiseinbruch im Tiefbau viel früher einsetzte als im Wohnungsbau und daß er im Tiefbau viel ausgeprägter ist. 1965 gingen die Umsätze im Tiefbau zurück, nachdem sie in den Vorjahren beträchtlich gestiegen waren. 1966 erhöhten sich die Tiefbauumsätze zwar wieder etwas, aber wegen der angespannten Haushaltslage schränkte die öffentliche Hand ihre Tiefbaufträge um 10% gegenüber dem Vorjahr ein. Im Verhältnis am stärksten reduzierten die Gemeinden ihre Aufträge an den Tiefbau, nämlich um 21% gegenüber 1965. Infolge der gezielten wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen zur Verbesserung der Konjunktur hellte sich die Lage am Tiefbaumarkt 1967 wieder etwas auf. 1967 haben - entgegen mancher Vermutungen zu Beginn des Jahres-

2) Vergleiche "Verminderter Nachfragedruck auf dem Baupreis", Ifo-Schnelldienst, 17. Jg., Nr. 44 vom 30. 10. 1964 A 5

die öffentlichen Tiefbauaufträge um 8,6% gegenüber 1966 zugenommen. Das Auftragsvolumen von 1967 lag allerdings noch 2,1% unter dem des Jahres 1965. Die Gemeinden und Gemeindeverbände haben ihre Auftragsvergabe an den Tiefbau im Verhältnis am stärksten ausgeweitet, ihr Auftragsvolumen stieg 1967 um 14% gegenüber 1966.

Neuberechnung und Erweiterung der Baupreisindizes

Im Rahmen der Umstellung aller Preis- und Lohnindizes auf das Jahr 1962 hat das Statistische Bundesamt im Sommer 1966 auch die Baupreisindizes auf dieser Basis neu berechnet³. Es hat dabei rückwirkend bis Mai 1962 die Preisindizes für die einzelnen Bauwerke, die es bereits bis November 1965 nach den Wägungsschemata von 1958 (Straßenbau 1960) errechnet und veröffentlicht hatte, nach den neuen Wägungsschemata von 1962 neu errechnet und mit den Preisindizes vor Mai 1962 verkettet.

Die für die einzelnen Typen von Straßen und Wirtschaftswegen rückwirkend neu errechneten Preisindizes stimmen mit den bisher veröffentlichten und auf die Basis 1962 = 100 umbasierten Preisindizes überein. Bei den verschiedenen Arten von Nichtwohngebäuden sind geringfügige Unterschiede festzustellen; denn hier hat man nicht nur wie beim Straßen- und Wegebau die Wägungsanteile anhand der Preise von 1962 umgerechnet, sondern auch neue Bauleistungen einbezogen. Bei den Wohngebäuden sind alle ab Mai 1962 rückwirkend neu errechneten Preisindizes für Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten) niedriger als die nach dem alten Wägungsschema von 1958 errechneten und bereits veröffentlichten Preisindizes. Dies erklärt sich aus den Wandlungen der Baugewohnheiten und der Bautechnik, die im neuen Wägungsschema ihren Niederschlag fanden. Die einzelnen Wohnungen sind größer und besser ausgestattet und es werden in größerem Umfang neuartige Baustoffe verwendet. Das Ausbauverhältnis hat sich bemerkenswert erhöht; das ist der Anteil der Kosten für die Ausbauarbeiten und die haustechnischen Anlagen zusammen genommen an den gesamten "reinen Baukosten". Etliche Bauleistungen, die bei der Anpassung des Wägungsschemas an die inzwischen geänderten Bautechniken und Wünsche der Bauherren ein größeres Gewicht erhielten, haben sich nicht so stark verteuert wie andere, deren Gewicht geringer geworden ist. Deshalb sind die nach dem neuen Wägungsschema berechneten Indexzahlen niedriger als die nach dem alten Schema erstellten Indexzahlen.

3) Vergleiche "Neuberechnung der Baupreisindizes auf Basis 1962", in Wirtschaft und Statistik 1966, S. 554 (September)

Mit der Indexumstellung auf das neue Basisjahr 1962 sind gleichzeitig einige neue Baupreisindizes entwickelt worden. Im Wohnungsbau gibt es jetzt außer den Preisindizes für Neubauten auch Preisindizes für die Instandhaltung. Außerdem wird jetzt laufend ein Gesamtbaupreisindex für Wohngebäude veröffentlicht, der außer den Preisen für die eigentlichen Bauleistungen auch die Preise für die Entwässerungs-, Versorgungs- und Außenanlagen, die Baunebenleistungen, die besonderen Betriebs-einrichtungen (z. B. Personenaufzug, gemeinschaftliche Waschanlage, Müllbeseitigungsanlage) sowie für Gerät und Wirtschaftsausstattungen (z. B. Rasenmäher, Ringmülltonnen, Feuerlöschgerät) umfaßt. Überdies wurden die Preisindizes im Straßen- und Wegebau ergänzt durch Preisindizes für Stahlbetonbrücken und eine Stauwand.

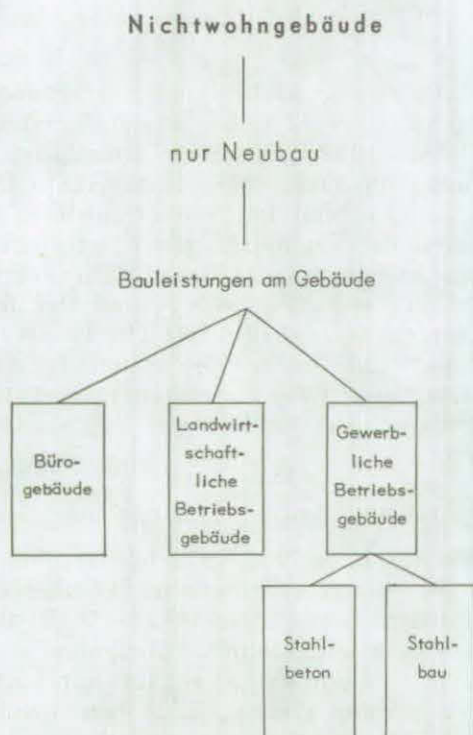
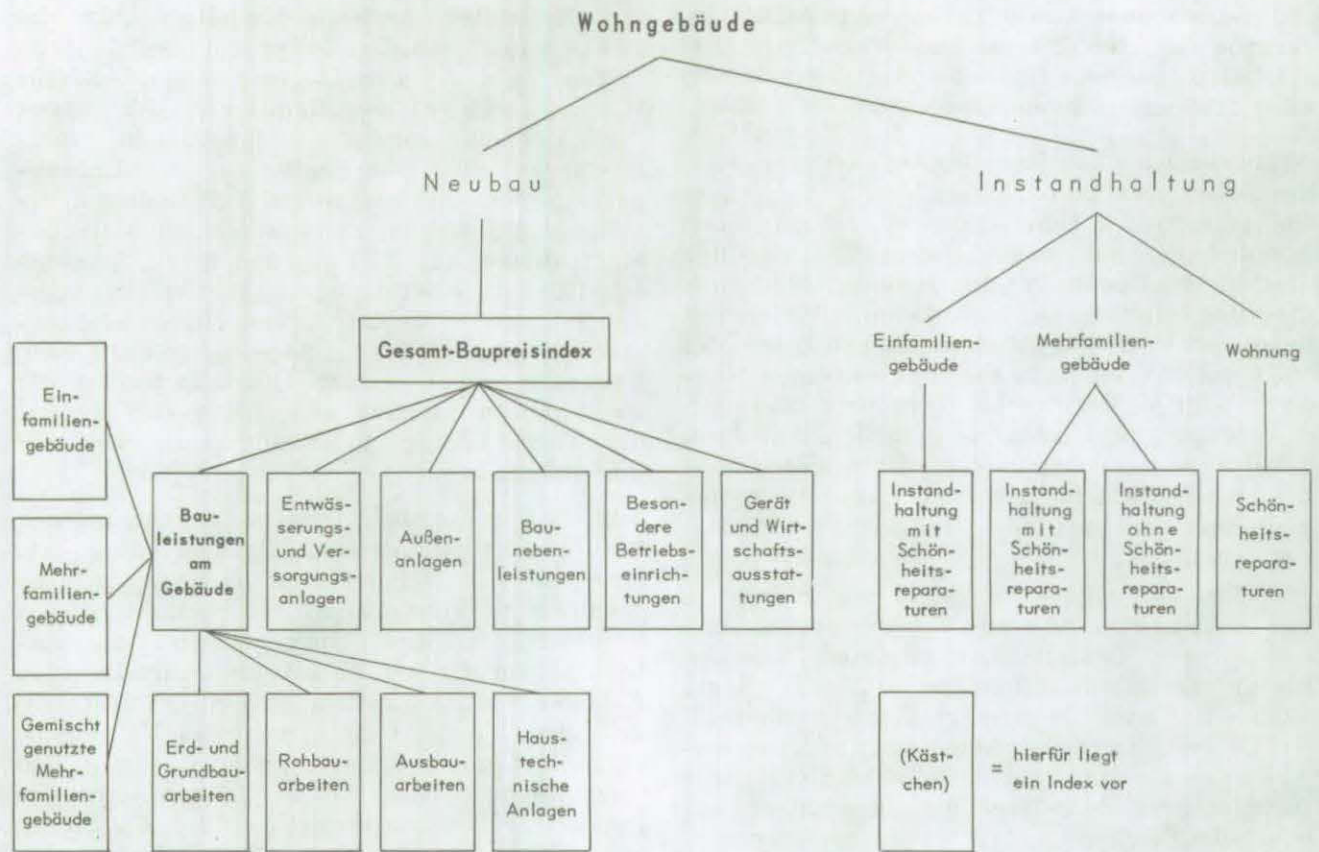
Aus der umseitigen Übersicht geht hervor, für welche Bauwerke, Bauabschnitte und Gruppen von Bauarbeiten das Statistische Bundesamt vierteljährliche Baupreisindizes veröffentlicht. Die eingerahmten Baupreisindizes werden jeweils für die Quartalsmitten Februar, Mai, August und November errechnet, und zwar auf der Originalbasis 1962 = 100 und umbasiert auf die Basis 1958. Aus den vier Quartalsergebnissen eines Jahres wird ein einfacher Jahresmittelwert gebildet. Abgesehen von der Instandhaltung von Wohngebäuden liegen für alle in der Übersicht aufgeführten Baupreisindizes Vierteljahres- und Jahresergebnisse für die Zeit von Februar 1958 bis Februar 1968 vor. Die Quartalsergebnisse für die Instandhaltung beginnen erst mit Februar 1962 und die Jahresergebnisse mit 1960.

Der Preisindex für Bauleistungen am Gebäude für Wohngebäude wird außer als Originalreihe auf der Basis 1962 = 100 auch umbasiert auf die früher gebräuchlichen Basisjahre 1913, 1914, 1938, 1950 und 1958 veröffentlicht. Von diesen sechs Indexreihen liegen Vierteljahresergebnisse ab Februar 1958 und Jahresergebnisse ab 1913 vor. Für Büro- und Betriebsgebäude berechnet das Statistische Bundesamt seit Februar 1968 außer den Baupreisindizes mit Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) auch Baupreisindizes anhand der Nettopreise, also ohne Mehrwertsteuer.

Die Preisentwicklung im Wohnungsbau

In den neun Jahren von 1958 bis 1967 haben sich die gesamten Leistungen im Wohnungsbau durchschnittlich um 45% verteuert. Ein Bauherr, der 1958 ein Mehrfamiliengebäude für 400 000 DM Gesamtkosten gebaut hat, müßte 1967, wenn er das gleiche Haus bauen wollte, - ohne Qualitätsverbesserungen allein infolge

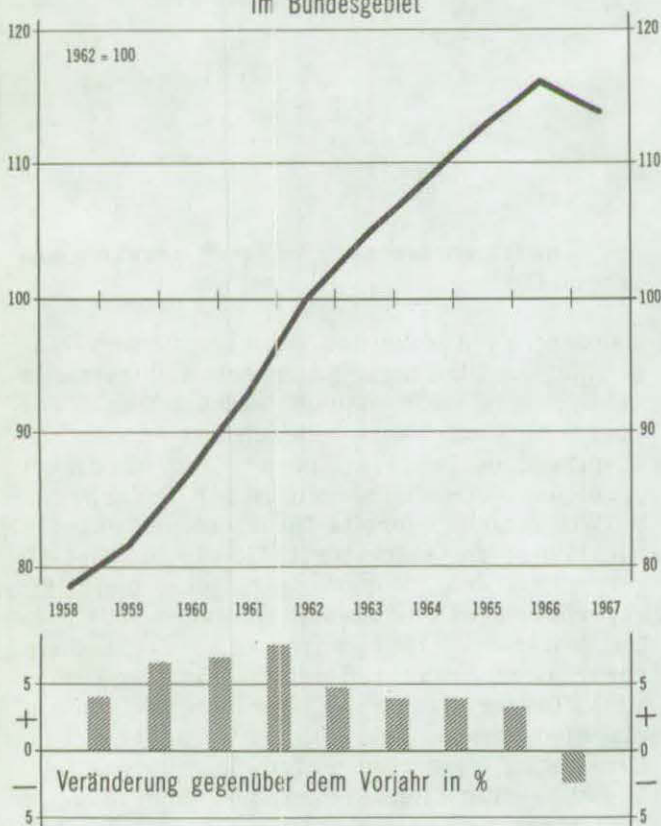
Obersicht über die Preisindizes für Neubau und Instandhaltung



der Preissteigerungen - 580 000 DM dafür aufbringen. In den ersten vier Jahren (1958 - 1962) kletterten die Preise im Wohnungsbau von Jahr zu Jahr kräftiger in die Höhe, wie man im untenstehenden Bild sehen kann. 1962 wurde die maximale Baupreissteigerung in der betrachteten Zeit erreicht: Der Gesamtbaupreisindex für Wohngebäude erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 7,8%, und der Baupreisindex der Bauleistungen am Gebäude, der die Preisentwicklung der "reinen Baukosten" im Wohnungsbau widerspiegelt, schnellte in der gleichen Zeit sogar um 8,3% empor. In den folgenden vier Jahren (1962 - 1966) stiegen die Preise im Wohnungsbau zwar weiter, aber der Preisanstieg wurde von Jahr zu Jahr geringer.

D - 3940

Gesamtbaupreisindex für Wohngebäude
im Bundesgebiet



Im zweiten Halbjahr 1966 schlug mit der Konjunktur auch die Preistendenz um (Vergl. das erste Bild). Erstmalig seit 1950, wenn man von dem geringen Rückgang nach der Koreakrise absieht, sanken im Herbst 1966 die Preise im Wohnungsbau. Nach der Währungsreform hatten sich die überhöhten Baupreise wieder normalisiert, aber danach haben sich die Preise im Hochbau (bis auf 1953) nur nach oben bewegt. Die im Herbst 1966 beginnende rückläufige Preistendenz setzte sich 1967 im verstärkten Maße fort, so daß der Gesamtbaupreisindex für Wohngebäude 1967 2% unter dem Vorjahresergebnis lag. 1966 war dieser Index noch um 3% gegenüber

dem Vorjahr gestiegen, obwohl die Hochbau-firmen schon ab Herbst 1966 rückläufige Preise meldeten.

Man kann den Preisumschlag besser betrachten, wenn man statt der Jahresdurchschnitte die Quartalergebnisse heranzieht. Auf der Basis 1962 ergeben sich für den Gesamtbaupreisindex für Wohngebäude folgende Vierteljahreszahlen:

	1966	1967	1968
Februar	114,7	115,1	117,9
Mai	116,7	113,9	...
August	116,8	113,4	...
November	116,3	112,9	...

Seinen Höchststand vor dem Umschwung erreichte der Gesamtbaupreisindex im August 1966, er sank dann bis November 1967 um 3,3%. Das Ausmaß der Rezession in der Bauwirtschaft kommt außer durch diesen Preissturz auch dadurch zum Ausdruck, daß die Baupreise trotz der tariflichen Lohnerhöhungen weiter fielen. Sonst war der Gesamtbaupreisindex jedesmal im Mai mit einem deutlichen Ruck nach oben geklettert, weil im Frühjahr mit Beginn der Bausaison für gewöhnlich die erhöhten Lohntarife der Bauarbeiter wirksam wurden. Diese Preisbeeinflussung seitens der Lohnkosten ist verständlich, da der Hochbau verhältnismäßig lohnintensiv ist. So war der Index von Februar bis Mai 1966 noch um 1,7% gestiegen. 1967 wurden die Tariflöhne zwar erst im Sommer (Juli und September) angehoben, aber dennoch sank der Index von Mai bis November 1967 um 0,9%. Diese "widersinnige" Preisgestaltung offenbart, wie scharf die Hochbau-firmen kalkulieren und konkurrieren mußten, um noch Aufträge zu bekommen. 1967 begann die Wohnungsbau-saison im Bundesgebiet mit einem um 2,4% niedrigeren Preisniveau als 1966. Das bedeutet, daß ein Bauherr, der erst im Mai 1967 statt schon im Mai 1966 baute, bei einer Bausumme von 100 000 DM allein wegen der niedrigeren Baupreise 2 400 DM sparte. Ein Bauherr, der noch ein Jahr später - im Februar 1968 - baute, mußte wegen der erhöhten Umsatzsteuerbelastung (Mehrwertsteuer) 1,0% mehr aufbringen als im Mai 1966 und 3,5% mehr als im Mai 1967.

Die umseitige Tabelle vermittelt einen Eindruck davon, wie sich die Preise bei den "reinen Baukosten" und den vier Abschnitten eines Baus in den Jahren 1958 bis 1967 entwickelt haben. Die Baupreisindizes für Wohngebäude werden anhand eines Wägungs-

4) Das sind die gesamten Baukosten vermindert um die Kosten für Baunebenleistungen, Entwässerungs-, Versorgungs- und Außenanlagen sowie für besondere Betriebseinrichtungen und Gerät und Wirtschaftsausstattungen, vgl. Übersicht auf S. 204

Die Preisentwicklung bei den "reinen Baukosten" im Bundesgebiet¹

– Baupreisindex für Wohngebäude 1962 = 100 –

Jahr	Bauleistungen am Gebäude		davon							
	Index	Änderung gegenüber dem Vorjahr in %	Erdarbeiten		Rohbauarbeiten		Ausbauarbeiten		Haustechnische Anlagen	
			Index	Änderung gegenüber dem Vorjahr in %	Index	Änderung gegenüber dem Vorjahr in %	Index	Änderung gegenüber dem Vorjahr in %	Index	Änderung gegenüber dem Vorjahr in %
1958	75,8	.	73,5	.	74,8	.	75,7	.	80,2	.
1959	79,8	+ 5,3	82,6	+ 12,4	79,5	+ 6,3	79,6	+ 5,2	80,6	+ 0,5
1960	85,8	+ 7,5	89,9	+ 8,8	85,9	+ 8,1	82,2	+ 3,3	85,8	+ 6,5
1961	92,3	+ 7,6	93,5	+ 4,0	91,8	+ 6,9	92,3	+ 12,3	93,9	+ 9,4
1962	100	+ 8,3	100	+ 7,0	100	+ 8,9	100	+ 8,3	100	+ 6,5
1963	105,2	+ 5,2	105,4	+ 5,4	106,0	+ 6,0	105,0	+ 5,0	103,4	+ 3,4
1964	110,0	+ 4,6	107,8	+ 2,3	110,9	+ 4,6	110,1	+ 4,9	107,8	+ 4,3
1965	114,6	+ 4,2	106,2	- 1,5	114,7	+ 3,4	115,3	+ 4,7	113,9	+ 5,7
1966	118,5	+ 3,4	105,2	- 0,9	118,0	+ 2,9	120,0	+ 4,1	118,0	+ 3,6
1967	115,9	- 2,2	96,9	- 7,9	114,7	- 2,8	118,6	- 1,2	115,6	- 2,0

1) 1958 bis 1959 ohne Saarland und Berlin,
1960 bis 1965 ohne Berlin

schemas errechnet, das aufgrund der Schlußrechnungen von vier Wohnhäusern aufgestellt wurde. Es handelt sich dabei um ein eingeschossiges und ein zweigeschossiges Einfamilienhaus sowie um ein dreigeschossiges Mehrfamilien-Reihenhaus und ein viergeschossiges freistehendes Mehrfamiliengebäude. Bei dem vierstöckigen Wohngebäude mit 17 Wohnungen, deren Komfort sich durch Zentralheizung mit Warmwasserbereitung, Bad, getrenntes WC, Parkettfußböden in den Wohnräumen, Verbundfenster sowie durch Einbaumöbel in allen Räumen auszeichnet, entfallen von den "reinen Baukosten" beispielsweise

- 3 % auf Erdarbeiten
- 42 % auf Rohbauarbeiten
- 35 % auf Ausbauarbeiten
- 19 % auf haustechnische Anlagen.

Die Erdarbeiten verstehen sich von selbst. Zum Rohbau gehören die Mauer-, Beton-, Natur- und Betonwerkstein-, Zimmer-, Abdichtungs-, Dachdeckungs- und Klempnerarbeiten. Zu den Ausbauarbeiten zählen die Putz-, Fliesen- und Plattenarbeiten, Tischler-, Rolladen- und Metallbauarbeiten, das Verglasen, die Ofen- und Herdarbeiten sowie die Maler-, Asphaltbelag-, Estrich-, Parkett- und Bodenbelagarbeiten. Unter dem Sammelbegriff "haustechnische Anlagen" faßt man die Zentralheizungsanlagen, die Gas- und Wasserinstallationsarbeiten sowie die elektrischen Anlagen zusammen. Im allgemeinen Sprachgebrauch bedeutet "Ausbau" die Ausbauarbeiten

und haustechnischen Anlagen zusammengekommen.

Bei den vier Abschnitten des eigentlichen Bau geschehens sind bemerkenswerte Unterschiede in der Preisentwicklung festzustellen. Vor allem die Erdarbeiten weichen von dem durchschnittlichen Preisverlauf ab. Ihr Maximum erreichte die Preisindexziffer für Erdarbeiten im Wohnungsbau bereits 1964. Seither war sie rückläufig, am stärksten 1967, als sie fast 8% gegenüber dem Vorjahresergebnis und 10% gegenüber dem Höchststand im Jahre 1964 fiel. Im November 1967 waren die Erdarbeiten sogar noch etwas billiger als im November 1961. Dieser Preissturz, der den Tiefbau auf ein Preisniveau, das vor sechs Jahren galt, zurückwarf, ist eine Folge der ungünstigen Marktlage für Tiefbauleistungen. Andererseits darf nicht verkannt werden, daß der Tiefbau im letzten Jahrzehnt rationalisiert hat und deshalb seine Leistungen jetzt billiger anbieten kann als vor zehn Jahren. Allerdings müssen dazu die Kapazitäten der Tiefbauunternehmen zu einem bestimmten Grade ausgelastet sein. Wegen seiner Kapitalintensität ist der Tiefbau bei Konjunkturrückschlägen anfälliger als der lohnintensive Hochbau; eine Hochbaufirma kann Bauarbeiter entlassen und dadurch ihre Kosten senken, aber eine Tiefbaufirma muß den Kapitaldienst für ihre Investitionen weiter leisten, auch wenn die Produktion eingeschränkt wird. Die hier im Zusammenhang mit dem erwähnten Preissturz bei den Erdarbeiten im Wohnungsbau erwähnten Schwierig-

keiten des Tiefbaus gelten gleichermaßen für den Straßenbau, auf dessen Preisentwicklung später noch eingegangen wird.

Die Ausbauarbeiten haben mit 57% den größten Preisanstieg in den neun Jahren erfahren und den geringsten Preiseinbruch während des Konjunkturrückschlags hinnehmen müssen. Das mag damit zusammenhängen, daß die Nachfrage nach Ausbauarbeiten größer ist, als die nach Rohbauarbeiten, weil die Ausbauarbeiten in stärkerem Maße außer für Neubauten auch für Reparaturen in Altbauten erforderlich sind. Man denke nur an die Glaser- und Malerarbeiten.

Die Rohbauarbeiten hatten etwa den gleichen Preisverlauf wie die gesamten Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten), aber einen etwas stärkeren Preiseinbruch aufzuweisen. Die Gruppenindexziffer der haustechnischen Anlagen hatte 1958 von den vier Gruppenindizes das höchste Niveau und ist auch ab 1960 mit recht beachtlichen Zuwachsraten weiter gestiegen. Ihr konjunkturbedingter Rückgang war ebenfalls nicht so ausgeprägt wie bei den Erd- und Rohbauarbeiten. Sie lag 1967 um 44% höher als 1958, sie ist insgesamt nicht so stark gestiegen wie die Indizes der Roh- und Ausbauarbeiten, weil sie 1958 eine höhere Ausgangslage hatte.

Mit der untenstehenden Tabelle werden zum ersten Mal in dieser Zeitschrift Unterlagen über die Preisentwicklung bei den Baunebenkosten veröffentlicht. Das Statistische Bundes-

amt hat diese Preisindexzahlen erst mit der Neuberechnung der Baupreisindizes auf der Basis 1962 in sein Programm aufgenommen. Die Preise für die Entwässerungs- und Versorgungsanlagen (Zuleitungen für Strom, Gas und Wasser) sind in dem betrachteten Zeitraum bei weitem nicht so stark gestiegen (+ 31%) wie die Roh- und Ausbauarbeiten, weil ein wesentlicher Teil dieser Anlagen durch Tiefbauleistungen erstellt wird. Zu den Außenanlagen gehört das Anlegen von Grünflächen, Gartenwegen, Abstellplätzen für Mülltonnen und Fahrzeuge sowie das Errichten von Zäunen. Diese Arbeiten haben sich von 1958 bis 1967 um 37% verteuert. Zu den besonderen Betriebseinrichtungen zählen Personenaufzüge sowie Müllbeseitigungs-, Wasch- und Haussprechanlagen. Bei Gerät und Wirtschaftsausstattungen handelt es sich um Mülltonnen, Rasenmäher, Feuerlöcher und Kleinpumpen. Die letzten beiden Gruppen von Leistungen außerhalb des eigentlichen Baugeschehens umfassen ausschließlich Lieferungen oder Installationen von Industrieerzeugnissen.

Sie hatten ähnlich wie die haustechnischen Anlagen bereits 1958 ein höheres Preisniveau und haben sich dann auch bei weitem nicht so stark verteuert wie diese. Die Gruppenindexziffer für besondere Betriebseinrichtungen erhöhte sich in den neun Jahren um 21% und die für Gerät und Wirtschaftsausstattungen um 31%. Während des Konjunkturrückschlages ist der Anstieg dieser beiden Preisindexziffern zwar geringer geworden, aber erst in der zweiten Jahreshälfte 1967 in eine leichte Senkung umgeschlagen.

Die Preisentwicklung bei den Baunebenkosten im Bundesgebiet¹

— Baupreisindex für Wohngebäude 1962 = 100 —

Jahr	Baunebenleistungen		Entwässerungs- und Versorgungsanlagen		Außenanlagen		Besondere Betriebseinrichtungen		Gerät und Wirtschaftsausstattungen	
	Index	Änderung gegenüber dem Vorjahr in %	Index	Änderung gegenüber dem Vorjahr in %	Index	Änderung gegenüber dem Vorjahr in %	Index	Änderung gegenüber dem Vorjahr in %	Index	Änderung gegenüber dem Vorjahr in %
1958	78,5	.	79,0	.	80,4	.	91,3	.	89,1	.
1959	82,1	+ 4,6	83,1	+ 5,2	83,8	+ 4,2	89,2	- 2,3	88,2	- 1,0
1960	87,6	+ 6,7	87,4	+ 5,2	87,8	+ 4,8	91,8	+ 2,9	91,3	+ 3,5
1961	93,2	+ 6,4	93,0	+ 6,4	93,3	+ 6,3	94,9	+ 3,4	96,7	+ 5,9
1962	100	+ 7,3	100	+ 7,5	100	+ 7,2	100	+ 5,4	100	+ 3,4
1963	104,7	+ 4,7	104,9	+ 4,9	105,0	+ 5,0	101,0	+ 1,0	102,5	+ 2,5
1964	109,0	+ 4,1	106,7	+ 1,7	108,3	+ 3,1	102,1	+ 1,1	106,6	+ 4,0
1965	112,8	+ 3,5	106,3	- 0,4	110,2	+ 1,8	105,9	+ 3,7	112,3	+ 5,3
1966	116,0	+ 2,9	106,9	+ 0,6	112,9	+ 2,5	109,9	+ 3,8	115,1	+ 2,5
1967	113,7	+ 2,0	103,1	- 3,6	110,1	- 2,5	110,2	+ 0,3	116,4	+ 1,1

1) 1958 bis 1959 ohne Saarland und Berlin,
1960 bis 1965 ohne Berlin

Preisindizes für die Instandhaltung von Wohngebäuden im Bundesgebiet¹

- 1962 = 100 -

Jahr	Einfamiliengebäude mit		Mehrfamiliengebäude mit		Mehrfamiliengebäude ohne		Schönheitsreparaturen in einer Wohnung	
	Index	Anstieg gegenüber dem Vorjahr in %	Index	Anstieg gegenüber dem Vorjahr in %	Index	Anstieg gegenüber dem Vorjahr in %	Index	Anstieg gegenüber dem Vorjahr in %
1960	86,7	.	85,8	.	88,3	.	78,8	.
1961	93,0	+ 7,3	92,5	+ 7,8	94,0	+ 6,5	87,8	+ 11,4
1962	100	+ 7,5	100	+ 8,1	100	+ 6,4	100	+ 13,9
1963	104,3	+ 4,3	104,4	+ 4,4	103,5	+ 3,5	106,5	+ 6,5
1964	109,0	+ 4,5	109,2	+ 4,6	108,0	+ 4,3	113,5	+ 6,6
1965	114,5	+ 5,0	114,6	+ 4,9	112,8	+ 4,4	121,4	+ 7,0
1966	118,3	+ 3,3	119,0	+ 3,8	115,7	+ 2,6	129,0	+ 6,3
1967	116,8	- 1,3	117,6	- 1,2	114,3	- 1,2	128,6	- 0,3

1) 1960 bis 1965 ohne Berlin

Instandhaltung von Wohngebäuden

Hauseigentümer, Verbände der Wohnungswirtschaft, Versicherungsunternehmen und Behörden, die sich mit der Verwaltung und der Erhaltung von Gebäuden befassen, haben wiederholt darauf hingewiesen, daß außer den Baupreisindizes für Neubauleistungen ein Preisindex für Reparaturen an Wohngebäuden gebraucht werde. Deshalb berechnet das Statistische Bundesamt seit der Indexumstellung auf das Basisjahr 1962 auch Preisindizes für die Instandhaltung von Wohngebäuden. Instandhaltungen sind Arbeiten, die in bestimmten regelmäßigen Zeitabständen durchgeführt werden müssen; dazu gehören beispielsweise Verglasungs-, Anstrich- und Tapezierarbeiten, aber auch Tischler-, Dachdecker-, Klempner- und Bodenbelagarbeiten sowie Gas-, Wasser- und Abwasserinstallationsarbeiten. Die Preisentwicklung für die Instandhaltung geht aus der vorstehenden Tabelle hervor. Die Indices für die eigentliche Instandhaltung der Wohngebäude zeigen nur geringe Abweichungen von den Indizes für den Neubau dieser Häuser. Dagegen hat sich der Index für Schönheitsreparaturen an der Wohnung erheblich stärker erhöht als die Neubaupreisindizes, was wohl auf den hohen Lohnkostenanteil der Anstrich- und Tapezierarbeiten und die starke Nachfrage nach diesen Arbeiten zurückzuführen ist.

Nichtwohngebäude

Die gemischt genutzten Gebäude sind zugleich Wohn- und Geschäftsgebäude; sie nehmen gewissermaßen eine Zwitterstellung zwischen den reinen Wohngebäuden und den Büro- und Betriebsgebäuden ein. Die Entwick-

lung des Baupreisindex⁵ für gemischt genutzte Gebäude lag etwa in der Mitte zwischen der Baupreisbewegung der Wohngebäude und der der Nichtwohngebäude. Von 1958 bis 1967 stieg der Preisindex für Bauleistungen am Gebäude bei den

Wohngebäuden um	53 %
gemischt genutzten Gebäuden um	49 %
Bürogebäuden um	49 %
gewerblichen Betriebsgebäuden aus Stahlbeton um	48 %
landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden um	47 %
gewerblichen Betriebsgebäuden im Stahlbau um	32 %

Die verhältnismäßig geringe Verteuerung der im Stahlbau errichteten gewerblichen Betriebsgebäude erklärt sich aus der schwachen Nachfrage nach diesen Bauten und den gesunkenen Stahlpreisen.

Nach der Einführung des Mehrwertsteuersystems im Januar 1968 werden in der Preisstatistik Preise und Preisindizes mit und ohne Mehrwertsteuer unterschieden. Die Preise ohne Mehrwertsteuer sind für Unternehmer interessant, die das Recht auf Vorsteuerabzug haben und somit beim Einkauf ihrer Rohstoffe und Halbfabrikate und auch bei Investitionen nicht durch die Mehrwertsteuer belastet werden. Deshalb werden in der Baupreisstatistik für die Büro- und Betriebsgebäude ab Februar 1968 auch Indizes ohne Mehrwertsteuer errechnet.

Welch einen unterschiedlichen Einfluß die Einführung der Mehrwertsteuer auf die reinen Baukosten für private Bauherren, Unternehmer und die öffentliche Hand hatte, kann man annäherungsweise aus der Tabelle ablesen.

5) Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)

Der Einfluß der Mehrwertsteuer auf die Baupreise anhand der Baupreisindizes im Bundesgebiet

- 1962 = 100 -

Bauleistungen am Gebäude	November 1967	Februar 1968		Februar 1968	
	Index einschl. kumulativer Umsatzsteuer	Index einschl. Mehrwertsteuer	Anstieg gegenüber November 1967 in %	Index ohne Mehrwertsteuer	Senkung gegenüber November 1967 in %
Wohngebäude	114,8	119,9	+ 4,4	.	.
Gemischt genutzte Gebäude	114,1	119,1	+ 4,4	.	.
Bürogebäude	113,5	118,1	+ 4,1	107,3	- 5,5
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	113,3	118,3	+ 4,4	107,5	- 5,1
Gewerbliche Betriebsgebäude	109,0	114,2	+ 4,8	103,8	- 4,8
davon aus Stahlbeton	112,2	116,4	+ 3,7	105,8	- 5,7
im Stahlbau	105,9	112,1	+ 5,9	101,9	- 3,8
Straßenbau	91,0	95,2	+ 4,6	.	.

Allerdings sind die dort aufgeführten Indexänderungen keine reinen Wirkungen der Umsatzsteuerreform, weil Markteinflüsse nicht ausgeklammert werden können. Aber man darf wohl annehmen, daß diese Änderungen zu einem wesentlichen Teil auf die Einführung der Mehrwertsteuer zurückzuführen sind. Für die privaten Bauherren und die öffentliche Hand, die keine Möglichkeiten des Vorsteuerabzuges haben, brachte der Übergang auf das Mehrwertsteuersystem eine Preiserhöhung bei den reinen Baukosten um etwa 4 bis 5% mit sich. Für die Landwirte gilt im großen und ganzen dasselbe. Sie haben im allgemeinen keine Möglichkeit des Vorsteuerabzuges, dafür werden ihnen beim Verkauf ihrer Produkte 5% Mehrwertsteuer mit ausgezahlt. Beim Einkauf ihrer Betriebsmittel von der Industrie und bei Bauinvestitionen müssen sie ab 1. Juli 1968 11% Mehrwertsteuer bezahlen. Die übrigen Produzenten und Kaufleute sparen dagegen durch den Vorsteuerabzug an den reinen Baukosten für Büro- und gewerbliche Betriebsgebäude etwa 4 bis 6%.

Straßen- und Brückenbau

Auf die Ausnahmesituation des Straßenbaus ist bereits hingewiesen worden, sie geht auch aus dem ersten Bild hervor. In dem starken Bauboom hatten die Tiefbauleistungen im Straßenbau im November 1967 kein höheres Preisniveau aufzuweisen als im Februar 1961. Der Baupreisindex für den Straßenbau stieg von Februar 1961 bis Mai 1964 lediglich um

16% und sank dann von diesem vergleichsweise niedrigen Niveau bis November 1967 wieder um 13%. In der gleichen Zeit kletterte im Wohnungsbau der Preisindex für Bauleistungen am Gebäude um 24%, fiel aber ab August 1964 nicht gleich, sondern erhöhte sich bis August 1966 noch um weitere 8%, sank dann bis November 1967 um 4% und lag dabei noch immer um 4% über dem Stand von Mai 1964.

Durch diesen enormen Preiseinbruch wurde das Preisniveau im Straßenbau auf den Stand vor 6 3/4 Jahren zurückgeworfen. Solch ein heftiger Preissturz war sonst in keiner Sparte der Bauwirtschaft zu beobachten. Die Ursachen hierfür wurden bereits bei der Darstellung der Preisentwicklung für Erdarbeiten im Wohnungsbau erwähnt. Beim Wirtschaftswegebau war der Preisverlauf ähnlich, nur nicht ganz so ausgeprägt. Bei der Preisentwicklung für Stahlbetonbrücken haben sich anscheinend die Preistendenzen von Hoch- und Straßenbau überlagert. Von August 1964 bis Februar 1965 fiel der Baupreisindex für Stahlbetonbrücken und stieg dann von Mai 1965 bis August 1966 auf ein deutlich höheres Niveau als er vor dem Rückgang gehabt hatte. Ab Sommer 1966 begann er dann während des allgemeinen Konjunkturrückschlages wieder zu sinken.

Dr. Enno Heeren

Vergleiche: "Die Preisentwicklung in der Bauwirtschaft", in Stat Monatsh. S.-H. 1966, S. 18 (Januar)

Das Einkommen der Körperschaften und seine Besteuerung 1965

In Schleswig-Holstein waren im Kalenderjahr 1965 insgesamt 2 973 Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen körperschaftsteuerpflichtig. Hiervon wurden 2 434 Steuerpflichtige von den Finanzämtern veranlagt. Bei den restlichen 539 Steuerpflichtigen unterblieb die Veranlagung wegen der geringen Höhe des Einkommens (Nv-Fälle). Unter den Veranlagten waren 1 701, das sind 70%, Steuerpflichtige mit einem positiven Einkommen in Höhe von 292,6 Mill. DM. Die zu entrichtende Körperschaftsteuer betrug 116,6 Mill. DM. Das entspricht einem durchschnittlichen Steuersatz von 39,8% je Steuerbelasteten. Gegenüber dem Jahre 1961 erhöhte sich damit die Zahl der Steuerbelasteten um 5% und das Einkommen um 14%. Die Steuerschuld nahm im gleichen Zeitraum nur um 8% zu. Im Verhältnis zum Einkommen ist die durchschnittliche steuerliche Belastung seit 1961 zurückgegangen. Der durchschnittliche Steuersatz je Belasteten hatte damals noch 42,3% betragen.

Unter den mit Einkommen veranlagten unbeschränkt Steuerpflichtigen waren auch 131 Organtöchter. Ihre Anzahl erhöhte sich seit 1961 um 42. Diese Organtöchter sind durch Vertrag mit anderen Körperschaften derart verbunden, daß sie in wirtschaftlicher Hinsicht ohne eigene Entscheidungsfreiheit sind. Zum Teil bestehen außerdem sogenannte Ergebnisabführungsverträge, auf Grund deren die Organtöchter einen bestimmten Teil ihres Einkommens an die Muttergesellschaften abzuführen haben; es wird dann nur das den Tochtergesellschaften verbleibende Einkommen zur Steuer herangezogen. Obwohl ihre Anzahl im Vergleich zu den übrigen

Körperschaftsteuerpflichtigen verhältnismäßig niedrig ist, handelt es sich bei den Organtöchtern meistens um wirtschaftlich bedeutende Unternehmen. Es versteht sich daher, daß gerade diese Gesellschaften das Ergebnis der Körperschaftsteuerstatistik ganz erheblich beeinflussen können, wenn z. B. die vertraglichen Vereinbarungen über die Gewinnabführung geändert worden sind. So entfielen von den 37 Mill. DM, um die sich das Einkommen der Körperschaftsteuerpflichtigen zwischen den Jahren 1961 und 1965 erhöhte, allein 25 Mill. DM auf die Organtöchter.

Im Pauschverfahren wurden 55 Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen besteuert; auf die Berechnung ihres Einkommens wurde verzichtet, da es offensichtlich gering war und seine Feststellung nur mit unverhältnismäßig großem Aufwand möglich gewesen wäre. Im Vergleich zu 1961 ist damit die Zahl der Pauschbesteuerungsfälle um über 50% zurückgegangen. 9 Steuerpflichtige mit einem Inlandseinkommen von 189 000 DM waren nur beschränkt steuerpflichtig gegenüber 7 im Jahre 1961.

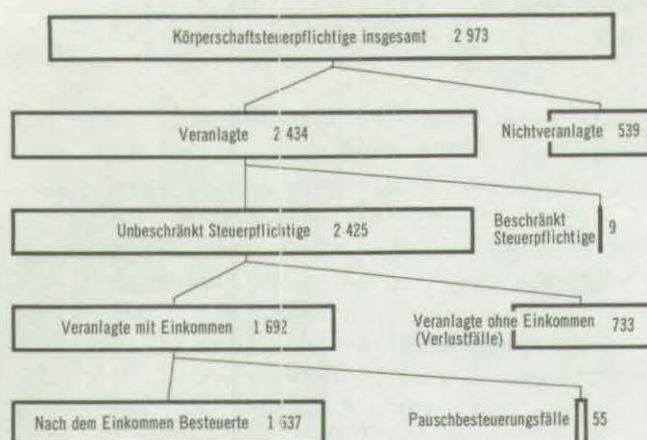
Die Veranlagung durch die Finanzämter ergab ferner 733 Körperschaftsteuerpflichtige mit negativem Einkommen (Verlustfälle). Das sind 30% aller veranlagten unbeschränkt Steuerpflichtigen. Ihr Verlust betrug 150 Mill. DM. Gegenüber 1961 bedeutet dies eine Erhöhung der Zahl der Verlustfälle um 19% und des negativen Einkommens um 136%. Die erhebliche Zunahme der Verluste sollte vom Leser nur unter rein steuerlichen Aspekten betrachtet

Körperschaftsteuerpflichtige, Einkommen und Steuerschuld 1965

Art der Steuerpflicht	Anzahl	Gesamtbetrag der Einkünfte in 1 000 DM	Einkommen in 1 000 DM	Steuerschuld in 1 000 DM
Unbeschränkt Steuerpflichtige nach dem Einkommen besteuert	1 637	297 094	292 409	116 449
darunter Organtöchter	131	31 351	31 292	14 451
mit Pauschbesteuerung	55	.	.	17
Beschränkt Steuerpflichtige nach dem Einkommen besteuert	9	189	189	93
Steuerbelastete	1 701	297 283	292 598	116 558
Veränderung gegenüber 1961 in %	+ 5	+ 14	+ 14	+ 8
Außerdem Verlustfälle ¹	733	- 56 353	- 150 516	74
Veränderung gegenüber 1961 in %	+ 19	+ 378	+ 136	- 80
Nv-Fälle	539	.	.	.

1) Nur unbeschränkt Steuerpflichtige; die beschränkt Steuerpflichtigen wurden nicht erfaßt

Zusammensetzung der Körperschaftsteuerpflichtigen 1965



werden. Höhere Verluste in steuerlicher Hinsicht deuten auf die verstärkte Inanspruchnahme von Möglichkeiten hin, Beträge vom Bilanzgewinn oder schon vor dessen Feststellung abzusetzen, damit das Einkommen zu vermindern und auch die Besteuerung. Die Statistik sagt nichts darüber aus, inwieweit es sich hierbei tatsächlich um wirtschaftliche Verluste handelt.

Abschreibungen, Sondervergünstigungen und Aufwendungen

Die Berechnung des zu versteuernden Einkommens der Körperschaftsteuerpflichtigen geht grundsätzlich vom Steuerbilanzgewinn aus. In dieser Ausgangsgröße sind jedoch

schon eine Reihe von Abschreibungsbeträgen, Sondervergünstigungen und bestimmten Aufwendungen nicht mehr enthalten, so daß der Bilanzgewinn bereits in erheblichem Umfang ermäßigt wird. Den größten Posten hierunter machen die normalen Absetzungen für Abnutzung oder Substanzverringerung nach § 7 EStG aus. 1815 unbeschränkt Steuerpflichtige setzten nach dieser Bestimmung im Jahre 1965 261 Mill. DM vom Bilanzgewinn ab.¹ Das sind 44% mehr als im Jahre 1961. Während die Absetzungen für Abschreibungen nach dieser Vorschrift tatsächlich in einer Beziehung zur realen Abnutzung oder Substanzverringerung von wirtschaftlichen Gütern stehen, dienen die sogenannten Sondervergünstigungen und die Steuerfreiheiten für bestimmte Aufwendungen besonderer Art hauptsächlich wirtschafts- politischen und sozialpolitischen Zwecken.

Je nach den politischen Notwendigkeiten unterliegt der Katalog der Sondervergünstigungen einer verhältnismäßig starken Fluktuation. Von der bekannten Gruppe der 7er-Paragraphen des Einkommensteuergesetzes war im Kalenderjahr 1965 nur noch der Paragraph 7b (erhöhte Abschreibung für Wohngebäude) steuerlich von Bedeutung; die übrigen Paragraphen dieser Gruppe waren nicht mehr anwendbar. Es sind auch einige neue Bestimmungen über Bewertungsfreiheiten in den Katalog aufgenommen worden, so z. B. in die Gruppe der 82er-Paragraphen der Einkommensteuereinführungsverordnung:

Im Jahre 1965 wurden von den unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtigen in 143

1) Nur bei Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 1 und § 5 EStG

Die Sondervergünstigungen der unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtigen

Art der Sondervergünstigung	Rechtsgrundlage	Fälle		Betrag in 1 000 DM	
		1961	1965	1961	1965
Steuerfreiheit für Gewinne aus der Veräußerung bestimmter Anlagegüter	§ 6b EStG	.	19	.	3 202
Erhöhte Abschreibungen für Wohngebäude	§§ 7b, 54 EStG	80	74	2 000	1 504
Förderung des Wohnungsbaues	§ 7c EStG	40	.	385	.
Bewertungsfreiheit für Schiffe	§ 7d EStG	3	.	3 181	.
Zuführung zur Rücklage für Preissteigerung	§ 74 EStDV	3	3	1 308	15 851
Bewertungsfreiheit für Abwasseranlagen	§ 79 EStDV	6	1	1 251	23
Bewertungsabschlag für bestimmte ausl. Wirtschaftsgüter des Umlaufvermögens	§ 80 EStDV	43	30	15 083	10 871
Bewertungsfreiheit für Anlagen, die der Reinhaltung der Luft dienen	§ 82 EStDV	2	3	343	175
Bewertungsfreiheit für bestimmte Schiffe und Luftfahrzeuge	§ 82f EStDV	.	5	.	5 862
Sonstige Sondervergünstigungen		14	8	2 691	180
Insgesamt		191	143	26 242	37 667
darunter von Organtöchtern in Anspruch genommen		20	21	10 689	26 263

Fällen Sondervergünstigungen von insgesamt 37,7 Mill. DM in Anspruch genommen. Gegenüber 1961 hat damit der Gesamtbetrag erheblich zugenommen (+ 44%), während die Zahl der Fälle um ein Viertel zurückging. Der Zuwachs des Betrages ist hauptsächlich auf die verstärkte Inanspruchnahme des § 74 EStDV (Zuführung zur Rücklage für Preissteigerung) zurückzuführen, obwohl von dieser Art der Sondervergünstigung nur in einer sehr geringen Zahl von Fällen Gebrauch gemacht wurde. Daneben wurde die Steigerung des Betrages durch die neuen Bestimmungen über die Bewertungsfreiheit für bestimmte Schiffe und Luftfahrzeuge und über die Steuerfreiheit für Gewinne aus der Veräußerung bestimmter Anlagegüter verursacht. Beide Arten der Sondervergünstigung sind erst ab 1.1.1965 anwendbar. Unter den übrigen Vergünstigungen ist im Vergleich zu 1961 der in Anspruch genommene Freibetrag durchweg geringer geworden. Teilweise ist er sogar ganz fortgefallen. Hervorzuheben sind nach wie vor die Bedeutung des Bewertungsabschlages für bestimmte ausländische Wirtschaftsgüter des Umlaufvermögens und die erhöhten Abschreibungen für Wohngebäude. Der überwiegende Teil der Vergünstigungen wurde im Jahre 1965 von den Kapitalgesellschaften in Anspruch genommen; auf die Organtöchter allein entfiel ein Betrag von 26,3 Mill. DM, das sind 70% des Gesamtbetrages.

Aufwendungen besonderer Art der unbeschränkt Steuerpflichtigen

Art der Aufwendung	Fälle		Betrag in 1.000 DM	
	1961	1965	1961	1965
Zuführung zur Rückstellung für Pensionsverpflichtungen gem. § 6a EStG	230	271	19 724	18 842
Zuwendungen an Pensionskassen nach dem Zuwendungsgesetz	11	18	557	6 004
Zuwendungen an Unterstützungskassen nach dem Zuwendungsgesetz	56	47	5 467	3 107
Insgesamt	297	336	25 748	27 953
darunter von Organtöchtern aufgewandt	15	24	924	3 239

Die Zuführungen zur Rückstellung für Pensionsverpflichtungen gem. § 6a EStG und die Zuwendungen an Pensions- und Unterstützungskassen² beliefen sich 1965 auf 28,0 Mill. DM. Gegenüber 1961 bedeutet dies eine Steigerung um 9%. Die Zuwachsrate nimmt sich im Vergleich zu derjenigen der oben dargestellten Sondervergünstigungen recht bescheiden aus. Die Häufigkeit (Zahl der Fälle von Aufwendungen besonderer Art) ist jedoch wesentlich höher. Im einzelnen sind seit dem Jahre 1961 die Zuführung gem. § 6a EStG in geringerem Umfang und die Zuwendungen an Unterstützungskassen erheblich zurück-

2) nach dem Zuwendungsgesetz vom 26. 3. 1952 (BGBl. I S. 206 ff).

gegangen. Das Gewicht von Aufwendungen besonderer Art verlagerte sich dafür stärker auf die Zuwendungen an Pensionskassen; es war hieran jedoch nur eine kleine Zahl von Steuerpflichtigen beteiligt.

Die Entwicklung des Einkommens aus dem Bilanzgewinn

Der Bilanzgewinn der Körperschaftsteuerpflichtigen stellt noch nicht das der Besteuerung unterliegende Einkommen dar. Vielmehr sind nach dem Körperschaftsteuerrecht bestimmte Aufwendungen, die in der Buchhaltung der Steuerpflichtigen als Betriebsausgaben behandelt worden sind und den Gewinn verringert haben, für die Ermittlung des steuerlichen Einkommens dem Bilanzgewinn wieder hinzuzufügen. Auf der anderen Seite werden bestimmte Beträge, die im Bilanzgewinn enthalten sind, nach dem Steuerrecht als abzugsfähige Ausgaben angesehen. Sie können von dem um die Zuschläge erhöhten Bilanzgewinn abgesetzt werden. Die folgenden Ausführungen über die Einkommensentwicklung beziehen sich nur auf die unbeschränkt Steuerpflichtigen, die nach dem Einkommen besteuert worden sind.

Die Entwicklung des Einkommens aus dem Bilanzgewinn

	Steuerpflichtige ¹		Betrag in Mill. DM		Veränderung in %
	1961	1965	1961	1965	
Bilanzgewinn	1 357	1 572	123,8	163,4	+ 32
Bilanzverlust	51	65	1,1	1,5	+ 43
Summe	1 408	1 637	122,8	161,8	+ 32
+ Zuschläge ²	1 351	1 444	146,9	152,1	+ 4
- Abschläge ²	224	120	9,3	16,4	+ 75
Es verbleiben	1 497	1 637	260,3	297,6	+ 14
+ Organschaftsgewinn	6	14	0,5	- 0,7	.
Steuerlicher Gewinn (Gesamtbetr. d. Einkünfte)	1 497	1 637	260,8	297,1	+ 14
- Spendenabzug	465	512	1,1	1,4	+ 27
- Verlustabzug	112	97	3,8	3,3	- 12
Einkommen	1 497	1 637	255,9	292,4	+ 14
- Kapitalerträge ³	44	19	0,6	0,1	- 90
Zu versteuerndes Einkommen	1 497	1 637	255,3	292,4	+ 15

1) mit Einkommen veranlagte unbeschränkt Steuerpflichtige (ohne Pauschbesteuerungsfälle)

2) nicht Steuerpflichtige, sondern Zahl der Fälle, da für einen Steuerpflichtigen mehrere Arten von Zu- und Abschlägen zutreffen können

3) im Gewinn enthalten

1 572 Körperschaften schlossen das Kalenderjahr 1965 mit einem Bilanzgewinn von 163,4 Mill. DM ab. Die Zahl der Steuerpflichtigen mit Bilanzgewinn ist damit um 16%, der Betrag um 32% gegenüber dem Jahre 1961 gestiegen. Auch die Fälle mit Bilanzverlust haben wieder zugenommen. Insgesamt betrugen 1965 die Bilanzverluste 1,5 Mill. DM. Je Steuerpflichtigen erhöhte sich der Gewinn

gegenüber 1961 von 91 000 DM auf 104 000 DM und der Bilanzverlust von 21 000 DM auf 23 000 DM.

Die Zuschläge zum Bilanzgewinn in Höhe von 152 Mill. DM waren nur um 4% höher als 1961. Der überwiegende Teil hiervon entfällt mit 93 Mill. DM auf die nichtabzugsfähigen Zahlungen von Körperschaftsteuer im Veranlagungszeitraum 1965. Außerdem mußten die Steuerpflichtigen weitere 27 Mill. DM dem Bilanzgewinn wieder zuschlagen, die sie vorher als Rückstellungen für Steuern und Abgaben abgesetzt hatten. Im Gesamtbetrag der Zuschläge sind ferner 16 Mill. DM enthalten, die den Rücklagen (Reserven) der Körperschaften zugeführt worden waren und den Bilanzgewinn geschmälert hatten. Gegenüber 1961 nahmen damit die ausgewiesenen Mittel zur Stärkung des Eigenkapitals um 5 Mill. DM ab.

Im Vergleich zum Bilanzgewinn und den Zuschlägen machen die übrigen Positionen, die der Ermittlung des zu versteuernden Einkommens dienen, nur einen verhältnismäßig geringen Betrag aus. Man kann daher sagen, daß in groben Zügen sich das zu versteuernde Einkommen der Körperschaften aus dem Bilanzgewinn und den Zuschlägen zusammensetzt. Der Gesamtbetrag der Abschläge sowie insbesondere die übrigen Positionen (Spenden, Verlustvorträge) fallen demgegenüber insgesamt gesehen nicht sehr ins Gewicht. Trotzdem sollte das Anwachsen der Abschläge um 75% gegenüber dem Jahre 1961 auf 16,4 Mill. DM nicht unerwähnt bleiben.

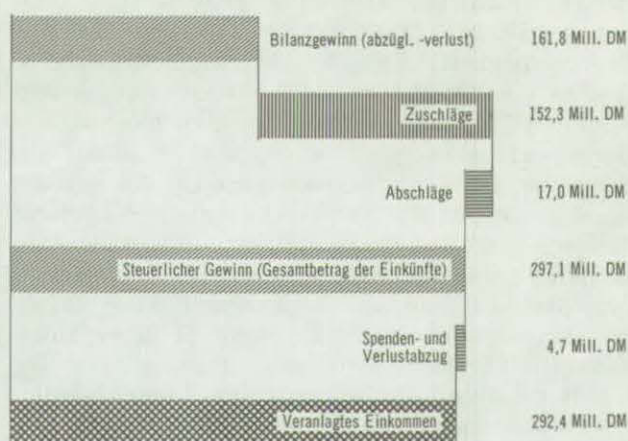
Entsprechend dem im Körperschaftsteuerrecht vorgesehenen Modus ergibt sich aus der dargestellten Berechnung ein zu versteuerndes

D - 3942

Vom Bilanzgewinn zum veranlagten Einkommen

1965

unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtige¹



1) nur mit Einkommen Veranlagte (ohne Pauschbesteuerungsfälle)

Einkommen für 1 637 mit Einkommen veranlagte unbeschränkt Steuerpflichtige in Höhe von 292 Mill. DM. Das entspricht 179 000 DM je Körperschaft. 1961 waren es 171 000 DM gewesen.

Körperschaftsarten

Unter den erfaßten steuerbelasteten Körperschaften stehen nach der Anzahl die Gesellschaften mit beschränkter Haftung an erster Stelle. Auf sie entfallen 43% aller Steuerbelasteten. Gemessen am gesamten Einkommen und an der Steuerschuld ist das Gewicht der Gesellschaften mit beschränkter Haftung noch größer. Die 629 Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften sind dagegen steuerlich nur in geringem Umfange von Bedeutung. Die Erzielung maximaler Gewinne

Einkommen und Steuerschuld der mit Einkommen veranlagten unbeschränkt Steuerpflichtigen¹ nach der Körperschaftsart 1965

Art der Körperschaft	Steuerpflichtige	Einkommen		Steuerschuld	
		Mill. DM	1 000 DM je Steuerpfl.	Mill. DM	1 000 DM je Steuerpfl.
Aktiengesellschaften, KG auf Aktien, Kolonialgesellschaften darunter Organtöchter	39	43,4	1 113	16,8	431
	5	1,3	258	0,6	122
Gesellschaften mit beschränkter Haftung darunter Organtöchter	711	185,2	261	73,3	103
	123	29,7	242	13,7	111
Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften	629	18,5	29	7,1	11
Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit	12	0,6	48	0,3	24
Betriebe gewerblicher Art von Körperschaften des öffentlichen Rechts	156	43,8	280	18,5	118
Sonstige Körperschaftsteuerpflichtige	90	0,9	10	0,4	5
Insgesamt	1.637	292,4	179	116,4	71

1) Ohne Pauschbesteuerungsfälle

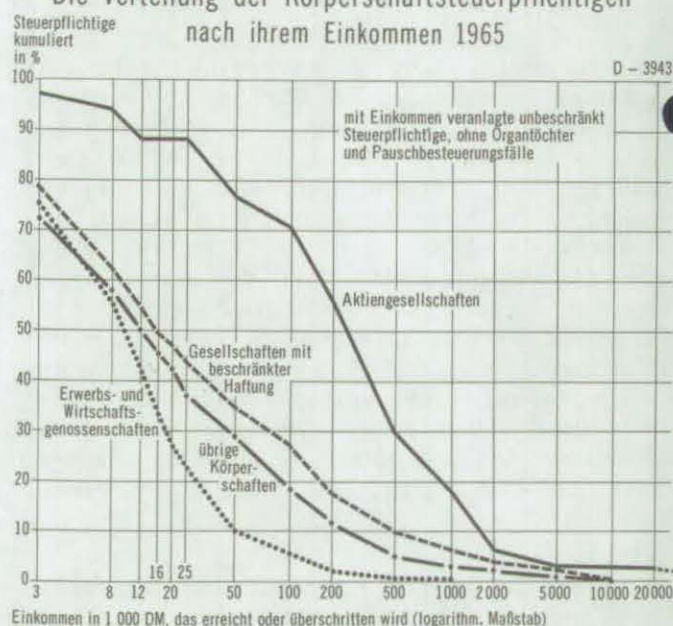
entspricht nicht dem eigentlichen Zweck dieser Körperschaftsart. Da ihre Geschäftspolitik hauptsächlich nach dem Prinzip der Kostendeckung orientiert ist, sind Einkommen und Steuerschuld verhältnismäßig niedrig. Ähnliches gilt für die Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit. Die 39 Aktiengesellschaften machen nach ihrer Zahl zwar nur einen geringen Teil der Steuerpflichtigen aus; naturgemäß befinden sich aber unter ihnen die kapitalintensivsten Unternehmen. Sie hatten auch mit 1,1 Mill. DM das bei weitem höchste Einkommen je Steuerpflichtigen und die höchste Steuerschuld zu tragen. Einkommen und Steuerschuld der 5 Organtöchter unter den Aktiengesellschaften liegen in ihrer Höhe wesentlich unter dem der übrigen Gesellschaften; dies dürfte auf die vertraglichen Vereinbarungen über die Gewinnabführung zurückzuführen sein, die diese Gesellschaften mit den sie beherrschenden Organmüttern abgeschlossen haben. Unter den Gesellschaften mit beschränkter Haftung ist ein derartig prägnanter Unterschied in den Einkommensverhältnissen zwischen Organtöchtern und den übrigen erfaßten Unternehmen statistisch nicht nachweisbar. Zu erwähnen bleiben noch die 156 Betriebe gewerblicher Art von Körperschaften des öffentlichen Rechts. Je Steuerpflichtigen übertrifft die Höhe des Einkommens und der Steuerschuld dieser Betriebe die Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Dies ist umso erstaunlicher, als nach herrschender Auffassung die Körperschaften des öffentlichen Rechts, sofern sie gewerblich tätig sind, nach dem Kostendeckungsprinzip arbeiten und keine Gewinne machen sollten. Hierzu sei ergänzend bemerkt, daß sich unter den öffentlich-rechtlichen Körperschaften eine verhältnismäßig hohe Anzahl von sehr kapitalintensiven

Betrieben (z. B. aus der Energiewirtschaft) befindet. Außerdem sind die Zahlenangaben, wie schon erwähnt, sehr stark durch die steuerrechtlichen Bestimmungen beeinflusst und keineswegs mit den wirtschaftlichen Werten identisch.

Einkommenschichtung

Die Gliederung der Steuerpflichtigen nach der Höhe ihres Einkommens zeigt die auch in früheren Statistiken bereits festgestellte typische Verteilung. Einer Vielzahl von Steuerpflichtigen mit geringem Einkommen in den unteren Größenklassen steht eine geringe Anzahl mit hohem Einkommen in den oberen Größenklassen gegenüber. Die Verteilung ist maßgeblich durch die vielen kleinen Erwerbs-

Die Verteilung der Körperschaftsteuerpflichtigen nach ihrem Einkommen 1965



Einkommenschichtung der Körperschaftsteuerpflichtigen 1965¹⁾

Größenklasse Einkommen in DM	Alle Körperschaften				davon							
					AG		GmbH		eGmbH		übrige Körperschaft- steuerpflichtige	
	Steuerpflichtige		Einkommen		Steuer- pflich- tige	Ein- kommen	Steuer- pflich- tige	Ein- kommen	Steuer- pflich- tige	Ein- kommen	Steuer- pflich- tige	Ein- kommen
	Anzahl	%	Mill. DM	%								
unter 12 000	766	51	3	1	12	0	45	1	59	9	50	1
12 000 - 20 000	159	11	2	1	-	-	8	0	15	8	8	1
20 000 - 50 000	218	14	7	3	12	0	12	2	17	18	13	2
50 000 - 100 000	104	7	7	3	6	0	8	2	5	11	11	4
100 000 - 200 000	99	7	14	5	15	2	9	5	3	16	7	5
200 000 - 1 Mill.	110	7	44	17	38	15	11	17	1	13	9	19
1 Mill. und mehr	50	3	183	70	18	82	6	73	0	25	3	67
Insgesamt	1 506	100	261	100	100	100	100	100	100	100	100	100

1) Ohne Organtöchter und ohne Pauschbesteuerungsfälle

und Wirtschaftsgenossenschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung beeinflusst sowie durch die großen Kapitalgesellschaften mit hohem Einkommen. Setzt man als Grenze zwischen großen und kleinen Körperschaften den Schwellenwert von 100 000 DM an, so vereinigen die Steuerpflichtigen mit geringem Einkommen 83% aller Körperschaften auf sich, aber nur 8% des Einkommens. Dem stehen in den oberen Größenklassen 17% der Steuerpflichtigen mit 92% des gesamten Einkommens gegenüber. In den unteren Klassen fällt insbesondere die starke Besetzung der Klasse unter 12 000 DM auf. Jeder zweite mit Einkommen veranlagte unbeschränkt Steuerpflichtige fällt in diese Größenklasse. Gegenüber 1961 hat sich die Verteilung der Steuerpflichtigen auf die Einkommensgrößenklassen nur unwesentlich geändert. Hervorzuheben ist die Abnahme der prozentualen Besetzung in der unteren Größenklasse infolge gestiegenen Einkommens. Der Einfluß geht hauptsächlich von den Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften aus.

Steuerbelastung

Der recht komplizierte Körperschaftsteuertarif unterscheidet grundsätzlich drei verschiedene Arten von Steuerpflichtigen:

- Unbeschränkt steuerpflichtige Kapitalgesellschaften,
- Bestimmte begünstigte Körperschaften,
- Alle übrigen Körperschaften.

Bei den Kapitalgesellschaften, denen steuerlich die größte Bedeutung zukommt, ist der Steuersatz von den folgenden zwei Unterscheidungen abhängig. Die sogenannten anonymen Kapitalgesellschaften im Sinne des § 19 Abs. 1 Ziff. 1 KStG zahlen auf den einbehaltenen Gewinn 51%. Auf den einbehaltenen Gewinn der personenbezogenen Kapitalgesellschaften im Sinne des § 19 Abs. 1 Ziff. 2 KStG wird bis zu 50 000 DM ein Staffeltarif von 39 - 59% angewendet, für die weiteren Gewinne ein fester Tarif von 49%. Nach der Gewinnverwendung wird unterschieden zwischen ausgeschütteten und nicht-ausgeschütteten Gewinnen. Die ausgeschütteten Gewinne unterliegen einem niedrigeren Steuersatz, der bei anonymen Kapitalgesellschaften 15%, bei den personenbezogenen 26,5% beträgt. Die begünstigten Körperschaften (u. a. Kreditinstitute, Bausparkassen, Hypothekenbanken) unterliegen je nach ihrer Rechtsform verschiedenen ermäßigten Steuersätzen. Für die übrigen Körperschaften im Sinne des § 19 Abs. 1 Ziff. 3 KStG beträgt der Steuersatz 49% des Einkommens. Insgesamt zahlten die schleswig-holsteinischen Körperschaften 116,6 Mill. DM Körperschaftsteuer. Das sind im Durchschnitt 39,8% des zu versteuernden Einkommens. Auf die Organtöchter entfielen hiervon allein 14,5 Mill. DM, während die Gesamtheit aller anderen Steuerpflichtigen 102 Mill. DM zu tragen hatte. Nur auf diese beziehen sich die weiteren Ausführungen.

Der größte Teil der Steuerschuld, nämlich 61 Mill. DM oder drei Fünftel, wurde von den anonymen Kapitalgesellschaften aufgebracht. Hiervon entfielen 51 Mill. DM auf

Einkommen und Steuerschuld¹ nach Steuersätzen 1965

Steuersatz	Fälle		zu versteuerndes Einkommen		Steuerschuld	
	Anzahl	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
für anonyme Kapitalgesellschaften gem. § 19 Abs. 1 Ziff. 1 KStG						
51 %	236	13,9	100	38,5	51	50,1
15 %	165	9,7	64	24,6	10	9,4
für personenbezogene Kapitalgesellschaften gem. § 19 Abs. 1 Ziff. 2 KStG						
Staffeltarif (einschließlich Plafond v. 49 %)	363	21,4	25	9,7	12	12,0
26,5 %	39	2,3	1	0,4	0	0,3
für übrige Steuerpflichtige gem. § 19 Abs. 1 Ziff. 3 KStG						
49 %	764	45,0	44	16,9	22	21,1
für Kreditgenossenschaften und Zentralkassen gem. §§ 33 und 34 KStDV						
19 %	118	7,0	6	2,4	1	1,2
Übrige Steuersätze	11	0,6	19	7,4	6	5,9
Insgesamt	1 696	100	261	100	102	100

¹⁾ ohne Organtöchter und ohne Pauschbesteuerungsfälle

die einbehaltenen und 10 Mill. DM auf die ausgeschütteten Gewinne. Gegenüber 1961 ist damit das Steueraufkommen aus den einbehaltenen Gewinnen um 8 Mill. DM zurückgegangen, während es aus den ausgeschütteten Gewinnen um 3 Mill. DM zugenommen hat. Vom zu versteuernden Einkommen der anonymen Kapitalgesellschaften, das sich nur geringfügig um 6 Mill. DM erhöhte, wurde somit 1965 ein wesentlich größerer Teil ausgeschüttet als vorher. Da die ausgeschütteten Gewinne jedoch nur mit 15% besteuert werden, ging das gesamte Steueraufkommen von 66 Mill. DM auf 61 Mill. DM zurück.

Bei den personenbezogenen Kapitalgesellschaften spielen die Gewinnausschüttungen naturgemäß nur eine geringe Rolle. Fast das gesamte zu versteuernde Einkommen von 25 Mill. DM zählte zum einbehaltenen Gewinn und wurde nach dem Staffeltarif besteuert. Das Aufkommen betrug 12 Mill. DM, das sind 12% der gesamten Steuerschuld. Gegenüber 1961 ist ein geringer Rückgang des Einkommens und der Steuerschuld festzustellen.

Erheblich zugenommen hat dagegen das zu versteuernde Einkommen der übrigen Steuerpflichtigen gem. § 19 Abs. 1 Ziff. 3 KStG. Es erhöhte sich in den 764 erfaßten Fällen um 8 Mill. DM auf 44 Mill. DM; auf diesen Betrag war eine Steuer von 22 Mill. DM zu entrichten. Der Anteil der Steuerschuld, der auf diese Steuerpflichtigen entfällt, ist damit von 17% auf 21% gestiegen. Die sonstigen erfaßten Besteuerungsfälle sind nur von geringer Bedeutung. Vor allem das Einkommen der vielen Kreditgenossenschaften und Zentralbanken ist sehr niedrig. Außerdem genießen diese Körperschaften besondere steuerliche Vergünstigungen.

Methodische Erläuterungen

1. Die Körperschaftsteuer gehört zur Gruppe der Steuern vom Einkommen. Ihr unterliegen gem. § 1 KStG die "Einkommen" folgender Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen:

a) Kapitalgesellschaften (Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Kolonialgesellschaften, bergrechtliche Gewerkschaften),

- b) Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften,
- c) Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit,
- d) Sonstige juristische Personen des privaten Rechts,
- e) Nichtrechtsfähige Vereine, Anstalten, Stiftungen und andere Zweckvermögen,
- f) Betriebe gewerblicher Art von Körperschaften des öffentlichen Rechts; einem solchen Betrieb steht die Verpachtung eines Betriebes gewerblicher Art gleich.

2. **Steuerbemessungsgrundlage** ist der Gewinn laut Steuerbilanz. Ihm sind nach § 12 KStG bestimmte Aufwendungen hinzuzufügen; abzugsfähige Ausgaben gem. § 11 KStG sind abzusetzen.

3. **Unbeschränkt steuerpflichtig** sind die Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die ihren Sitz oder ihre Geschäftsleitung im Inland haben; befindet sich der Sitz oder die Geschäftsleitung einer Körperschaft im Ausland, so ist sie nur **beschränkt steuerpflichtig**, und zwar mit ihren inländischen Einkünften (§§ 1, 2 KStG).

4. **Verlustfälle** sind veranlagte Steuerpflichtige mit negativem zu versteuernden Einkommensbetrag.

5. **Nv-Fälle** sind kleine Steuerpflichtige, deren Einkommen 1 000 DM nicht übersteigt (Abschn. 52 Körperschaftsteuer-Richtlinien). Für sie war ein statistisches Blatt nicht anzulegen. Von den Finanzämtern wurde nur ihre Gesamtzahl gemeldet.

6. Nach § 21 KStG kann die Körperschaftsteuer im **Pauschverfahren** festgesetzt werden, wenn das steuerpflichtige Einkommen offensichtlich gering ist und seine Ermittlung zu einem unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand führen würde. Die Entwicklung des Einkommens aus dem Steuerbilanzgewinn ist bei den Pauschbesteuerungsfällen nicht erfaßt.

7. **Organtöchter** sind diejenigen Steuerpflichtigen, die durch steuerlich anerkannten Organschaftsvertrag wirtschaftlich, finanziell und organisatorisch in ein sie beherrschendes Unternehmen derart eingegliedert sind, daß sie keinen eigenen Willen mehr haben. Das Bestehen eines Gewinnabführungsvertrages mit der Organmutter ist nicht Voraussetzung für die steuerliche Anerkennung des Organschaftsverhältnisses. Die Muttergesellschaften werden in dieser Statistik nicht gesondert ausgewiesen.

8. Die Körperschaftsteuerstatistik wurde aufgrund der Bestimmungen des **Steuerstatistischen Gesetzes** vom 6. 12. 1966 durchgeführt (BGBl. I Seite 665 ff). Als Erhebungsunterlagen dienten die Durchschriften der Steuerbescheide für die Körperschaftsteuererklärung 1965.

Dipl.-Volksw. Klaus Scheithauer

Erläuterungen: Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen. Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1 - 5": "1-bis unter 5". Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt, Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E . 20. Jahrgang . Heft 9 . September 1968

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1967	1967			1968			
		Monats- Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerungsstand (Monatsende)	1 000	2 267	2 487	2 485	2 489	2 492	2 508
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
*Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 654	1 687	2 007	1 925	1 904	1 635	2 207
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	8,8	8,1	9,5	9,4	9,0	7,9	10,4
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	2 867	3 779	4 060	3 901	3 775	3 859	3 941
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	15,2	18,2	19,3	19,1	17,9	18,7	18,5
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 173	2 463	2 508	2 333	2 319	2 470	2 654
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	11,5	11,9	11,9	11,4	11,0	12,0	12,5
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	93	71	70	71	64	56	69
*	je 1 000 Lebendgeborene	32,6	18,7	17,2	18,2	17,0	14,5	17,5
* Geburtenüberschuß	Anzahl	694	1 316	1 552	1 568	1 456	1 389	1 287
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	3,7	6,3	7,4	7,7	6,9	6,7	6,0
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene		6 523	7 406	8 129	7 486	7 978	8 787
* Über die Landesgrenze Fortgezogene		6 263	6 455	6 202	5 445	6 226	7 063
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)		260	951	1 927	2 041	1 752	1 724
* Binnenwanderung ⁴⁾		9 666	10 608	10 193	9 204	10 305	12 543
Wanderungsfälle	Anzahl	22 452	24 469	24 524	22 135	24 509	28 393
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	170	169	165	153	165	199
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	50	22	21	17	15	18	13	10	9
darunter * Männer	1 000	31	16	15	12	11	12	9	7	6
Offene Stellen	1 000	5	10	12	12	11	14	15	16	16
darunter für Männer	1 000	3	4	5	5	5	6	6	7	8
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 129 ^a	1 395 ^a	.	1 500	.	.	.	1 500	.
darunter * Milchkühe	1 000	426 ^a	513 ^a	.	501	.	.	.	504	.
* Schweine	1 000	1 279 ^a	1 752 ^a	.	1 731	.	.	.	1 718	.
darunter * Zuchtsauen	1 000	126 ^a	180 ^a	.	188	.	.	.	178	.
darunter * trächtig	1 000	77 ^a	111 ^a	.	121	.	.	.	109	.
Schlachtungen von Inlandtieren ⁵⁾										
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	14	29	24	21	24	25	24	21	29
* Kälber	1 000 St.	5	4	5	4	3	5	4	3	3
* Schweine	1 000 St.	81 ^b	167 ^c	155	154	167	181	179	161	173
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	15 ^b	11 ^c	5	3	3	8	6	3	3
* Gesamtschlachtgewicht										
aus gewerblichen Schlachtungen ⁶⁾	1 000 t	9,3	20,8	19,1	18,5	19,8	21,1	21,2	19,0	21,8
darunter										
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	3,0	6,7	5,4	4,9	5,3	5,8	5,7	4,8	6,5
* Schweine	1 000 t	5,9	13,8	13,4	13,3	14,3	15,0	15,3	13,9	15,0
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder	kg	223	235	229	232	227	240	233	236	230
Kälber	kg	49	58	60	65	61	56	57	60	58
Schweine	kg	89	89	89	88	87	87	88	88	88
Milcherzeugung										
* Kuhmilcherzeugung	1 000 t	142	178	248	223	199	235	251	223	202
darunter * an Molkereien geliefert	%	87	90	92	93	93	92	93	93	93
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,8	11,5	15,7	14,5	12,5	15,3	15,8	14,5	12,7

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) innerhalb des Landes umgezogene Personen, ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 5) gewerbliche und Hausschlachtungen 6) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien a) Dezember b) Winterhalbjahr 1958/59 = 25 c) Winterhalbjahr 1967/68 = 18

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1967	1967			1968			
		Monats-Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Industrie und Handwerk										
Industrie ⁷⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	164	171	170	170	170	171	172	173	...
darunter *Arbeiter ⁸⁾	1 000	136	132	131	131	131	131	132	132	...
*Geleistete Arbeiterstunden ⁹⁾	1 000	24 439	21 114	20 732	21 396	19 991	21 940	22 290	20 141	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	53,1	102,5	104,1	105,8	103,8	105,2	112,2	111,8	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	16,5	43,7	42,8	43,5	43,6	45,4	46,9	49,1	...
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ¹⁰⁾	74	43	43	41	41	38	45	41	...
*Gasverbrauch	1 000 Nm ³	11 858	10 901	12 587	11 818	12 128	10 528	12 696	11 874	...
*Heizölverbrauch	1 000 t	31	79	78	68	68	80	78	72	...
*Stromverbrauch	Mill. kWh	72	128	125	122	125	132	137	128	...
*Stromerzeugung (gesamte industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	21	40	37	35	38	37	37	41	...
*Umsatz ¹¹⁾	Mill. DM	479	813	790	856	783	847	939	853	...
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	65	107	119	155	87	108	152	95	...
Produktionsindex	1958=100	100	143	147	145	137	159	160	163	...
Steine und Erden		100	160	172	187	182	175	193	206	...
Eisen-, Stahl- und Temperguß		100	117	116	120	113	146	142	147	...
Schnittholz und Sperrholz		100	90	95	92	87	104	103	116	...
Zellstoff, Papier und Pappe		100	136	134	134	142	133	145	161	...
Gummi- und Asbestwaren		100	190	223	217	194	253	298	288	...
Wasserfahrzeuge		100	91	91	91	86	96	102	82	...
Maschinenbauerzeugnisse		100	136	140	135	119	132	136	162	...
Elektrotechnische Erzeugnisse		100	145	125	136	123	172	164	191	...
Feinmechanische und optische Erzeugnisse		100	189	193	202	145	182	182	195	...
Eisen-, Blech- und Metallwaren		100	177	174	180	174	165	155	172	...
Leder		100	16	18	14	11	10	7	8	...
Schuhe		100	82	39	72	80	81	72	25	...
Textilien		100	82	88	94	76	101	102	137	...
Bekleidung		100	110	90	81	106	134	131	91	...
Fleisch und Fleischerzeugnisse		100	192	188	183	157	205	206	191	...
Fisch und Fischerzeugnisse		100	150	134	121	99	159	148	140	...
Milcherzeugnisse		100	149	227	180	153	252	239	225	...
außerdem Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe		100	150	162	157	155	164	168	161	...
Handwerk (Meßziffern) ¹²⁾										
*Beschäftigte (Ende des Vierteljahres)	30.9.1962=100	.	97	.	96	.	März 97
*Umsatz	Vj.-D 1962=100	.	125	.	120	.	93
darunter *Handwerkumsatz	Vj.-D 1962=100	.	129	.	123	.	94
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	110	156	161	124	130	156	155	133	...
Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	143	322	293	285	290	324	333	295	...
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. cbm	17	24	19	18	16	21	18

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

7) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie 8) einschließlich gewerblicher Lehrlinge 9) einschließlich Lehrlingsstunden

10) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts = 3 t Rohbraunkohle 11) ohne Umsatz in Handelsware, aber zuzüglich Umsatzsteuer 12) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1967	1967			1968			
		Monats-Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe ¹³⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)		55 228	60 744	60 462	61 515	62 132	60 609	61 569	61 614	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 286	8 644	9 373	9 874	9 359	9 235	9 880	9 282	...
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	4 157	3 930	4 372	4 468	4 175	4 071	4 330	4 056	...
*Öffentliche und Verkehrsbauten	1 000	3 612	3 295	3 526	3 722	3 606	3 630	3 923	3 691	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	22,4	46,8	50,9	52,8	51,1	52,9	58,2	55,2	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	1,5	4,6	4,3	4,3	4,3	4,5	4,7	4,9	...
*Umsatz	Mill. DM	70,3	152,9	142,3	164,7	160,8	71,0	86,2	138,5	...
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile)		922	834	741	975	807	708	890	897	...
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		458	148	116	199	171	162	205	225	...
Veranschlagte reine Baukosten										
für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	60,9	126,1	97,7	155,2	131,4	122,7	135,9	163,5	...
darunter für Wohngebäude	Mill. DM	42,4	90,5	76,4	110,0	88,9	76,4	100,2	113,4	...
*Umbauter Raum insgesamt										
(ohne Gebäudeteile)	1 000 cbm	1 069	1 279	1 056	1 612	1 379	1 215	1 402	1 864	...
darunter *in Wohngebäuden	1 000 cbm	691	842	709	1 025	879	681	857	999	...
*Wohnungen		2 109	2 321	2 065	2 803	2 252	1 843	2 508	2 563	...
darunter *in ganzen Wohngebäuden		1 879	2 070	1 785	2 505	1 976	1 693	2 311	2 391	...
Baufertigstellungen										
Wohnungen		1 533	2 391	1 447	1 401	1 798	714	1 392	1 463	...
Wohnräume ¹⁴⁾		6 064	10 512	6 033	6 043	7 850	2 849	5 734	5 511	...
Handel und Gastgewerbe										
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	308	850	532	756	542	866	1 340	1 078	...
Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	1 211	1 064	1 310	1 599	911	298	1 571	1 346	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	8 126	24 194	21 016	22 041	22 470	23 565	26 973	19 457	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	28 087	32 465	30 157	31 992	25 651	31 947	32 842	30 326	...
*Ausfuhr nach Warengruppen	Mill. DM	67,7	128,4	149,2	140,3	105,6	151,5	213,6	107,6	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	5,1	13,0	11,2	13,7	9,0	16,8	11,0	11,4	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	62,6	115,4	138,0	126,6	96,6	134,7	202,5	96,2	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	2,0	3,8	3,3	3,5	3,4	3,7	3,9	3,1	...
*Halbwaren	Mill. DM	4,8	10,1	10,3	9,6	10,5	9,7	8,6	13,1	...
*Fertigwaren	Mill. DM	55,8	101,5	124,3	113,5	82,7	121,3	190,0	80,0	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	2,8	9,0	9,0	7,7	8,1	10,1	11,3	8,6	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	53,0	92,5	115,3	105,8	74,6	111,2	178,7	71,4	...
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EWG-Länder	Mill. DM	11,0	37,1	39,3	38,6	35,9	45,4	37,5	37,0	...
darunter Italien	Mill. DM	1,7	10,3	14,0	11,8	10,5	12,1	9,9	11,5	...
Niederlande	Mill. DM	6,1	13,7	12,5	14,2	13,1	17,2	13,2	12,3	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	31,0	43,7	53,9	59,7	29,7	39,8	72,0	32,8	...
darunter Dänemark	Mill. DM	3,7	10,2	7,9	14,8	7,4	15,3	25,5	8,1	...
Großbritannien	Mill. DM	3,2	5,7	5,0	8,2	5,4	6,7	5,9	5,1	...
Norwegen	Mill. DM	14,2	8,6	26,2	22,3	2,4	2,2	23,4	2,6	...
Schweden	Mill. DM	6,3	9,4	5,1	5,5	4,5	6,4	7,8	9,0	...
Fremdenverkehr in ausgewählten Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	112	169	175	256	443	p 113	p 153	p 319	...
darunter von *Auslandsgästen	1 000	15	20	20	29	62	p 17	p 19	p 30	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	682	1 240	864	2 121	3 994	p 415	p 735	p 2 480	...
darunter von *Auslandsgästen	1 000	33	40	34	55	130	p 28	p 32	p 60	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

13) nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet

14) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und allen Küchen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

			1958	1967	1967			1968			
			Monats-Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Verkehr											
Binnenschifffahrt											
*Güterempfang	1 000 t		126	237	227	247	226	236	237	228	...
*Güterversand	1 000 t		195	374	396	380	387	391	430	380	...
*Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge			3 262	5 033	5 992	5 312	4 492	6 874	6 490
darunter											
Krafträder (einschließlich Motorroller)			227	13	18	17	19	20	19
*Personenkraftwagen			2 107	3 962	4 865	4 169	3 564	5 654	5 120
*Kombinationskraftwagen			175	393	480	437	345	470	540
*Lastkraftwagen			293	348	375	404	315	495	539
Straßenverkehrsunfälle											
*Unfälle mit Personenschaden			918	1 191	1 290	1 354	1 426	1 046	1 275	p 1 445	p 1 482
*Getötete Personen			40	62	56	59	79	52	55	p 73	p 78
*Verletzte Personen			1 130	1 604	1 827	1 850	2 020	1 390	1 701	p 2 044	p 2 030
Geld und Kredit											
Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)											
*Kredite an Nichtbanken			3 105 ^d	9 685 ^d	9 260	9 441	9 414	9 841	9 956	10 128	...
(Bestand am Monatsende)	Mill. DM										
davon											
*Kurzfristige Kredite	Mill. DM		939 ^d	2 312 ^d	2 181	2 325	2 307	2 311	2 342	2 508	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM		928 ^d	2 290 ^d	2 169	2 292	2 296	2 282	2 306	2 466	...
*Mittel- und langfristige Kredite 15)	Mill. DM		2 165 ^d	7 373 ^d	7 079	7 115	7 107	7 530	7 614	7 619	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM		1 864 ^d	6 237 ^d	6 045	6 081	6 061	6 338	6 461	6 460	...
*Einlagen von Nichtbanken			2 067 ^d	6 461 ^d	5 850	5 808	5 906	6 708	6 747	6 806	...
(Bestand am Monatsende)	Mill. DM										
davon											
*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM		1 012 ^d	2 303 ^d	2 017	1 953	2 032	2 390	2 405	2 441	...
darunter*von Wirtschaft u. Privaten	Mill. DM		857 ^d	1 874 ^d	1 616	1 613	1 678	1 879	1 862	1 875	...
*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM		1 054 ^d	4 158 ^d	3 833	3 855	3 874	4 319	4 343	4 365	...
darunter *bei Sparkassen	Mill. DM		706 ^d	2 710 ^d	2 515	2 524	2 533	2 808	2 821	2 832	2 851
*bei Kreditbanken	Mill. DM		.	858 ^d	781	789	795	894	900
*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM		57	194	153	164	197	178	180
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM		41	153	138	142	178	158	156
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)											
			9	10	9	13	15	8	12	4	...
Vergleichsverfahren (eröffnete)											
			2	2	2	4	2	2	-	-	...
Wechselproteste	Anzahl		636	819	916	856	941	694	818
	Wert	1 000 DM	465	1 021	1 085	1 016	1 095	826	910
Steuern											
*Einnahmen für Rechnung des Landes	1 000 DM		32 185	88 247	61 398	129 280	62 262	57 378	62 195	137 645	68 223
darunter											
*Vermögensteuer	1 000 DM		1 463	4 369	10 955	1 523	2 510	566	10 027	995	1 276
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM		3 596	10 302	10 062	10 014	10 057	12 273	10 941	9 150	12 089
*Biersteuer	1 000 DM		420	816	746	746	962	609	672	909	1 112
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM		24 497	67 843	34 693	112 031	43 169	38 808	34 447	121 841	48 468
*Einnahmen für Rechnung des Bundes	1 000 DM		93 577	163 523	135 023	196 872	151 914	127 361	139 796	187 468	146 167
darunter											
*Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer	1 000 DM		26 688	52 109	44 122	52 822	55 492	23 888	27 480	30 779	40 513
*Umsatzausgleichsteuer/Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM		3 113	5 089	4 822	4 173	5 237	12 650	11 034	8 525	15 972
*Beförderungsteuer	1 000 DM		1 034	1 557	1 522	1 674	1 720	54	26	23	41
*Zölle	1 000 DM		7 838	6 051	7 358	5 368	5 658	5 743	6 818	8 305	6 032
*Verbrauchssteuern	1 000 DM		41 358	58 872	56 823	67 033	58 455	62 030	73 992	64 911	54 798
darunter *Tabaksteuer	1 000 DM		32 960	39 604	36 665	23 643	57 103	37 873	36 554	41 374	34 429
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM		13 191	39 844	20 375	65 796	25 353	22 792	20 231	71 558	28 465
Notopfer Berlin	1 000 DM		354	2	2	5	2	0	1	1	1
*Lastenausgleichsabgaben	1 000 DM		5 396	4 745	8 802	2 094	1 844	2 485	8 865	1 639	1 885
*Steuern vom Einkommen ¹⁶⁾	1 000 DM		37 688	107 687	55 068	177 827	68 522	61 599	54 677	193 399	76 933
davon											
*Lohnsteuer	1 000 DM		14 013	51 319	35 447	38 446	54 625	43 974	39 172	43 541	49 193
*Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM		15 925	46 019	14 718	113 636	11 046	14 105	10 668	124 560	16 209
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM		428	1 148	555	1 121	1 678	349	679	1 708	1 863
*Körperschaftsteuer	1 000 DM		7 328	9 202	4 348	24 624	1 173	3 172	4 158	23 590	9 667

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

15) einschließlich durchlaufender Kredite

16) in den Landes- und Bundessteuern enthalten

d) Stand: 31.12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1967	1967			1968			
		Monats-Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
noch: Steuern										
Gemeindesteuereinnahmen ¹⁷⁾										
*Realsteuern	1 000 DM	57 325 ⁺	105 039 ⁺	.	104 300 ^e	.	.	.	108 355 ^e	.
davon										
*Grundsteuer A	1 000 DM	6 816 ⁺	7 175 ⁺	.	7 293 ^e	.	.	.	7 432 ^e	.
*Grundsteuer B	1 000 DM	11 575 ⁺	17 664 ⁺	.	18 045 ^e	.	.	.	18 727 ^e	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	34 826 ⁺	72 078 ⁺	.	71 400 ^e	.	.	.	74 363 ^e	.
Lohnsummensteuer	1 000 DM	4 109 ⁺	8 121 ⁺	.	7 558 ^e	.	.	.	7 832 ^e	.
*Sonstige Steuern	1 000 DM	6 119 ⁺	7 956 ⁺	.	7 304 ^e	.	.	.	8 393 ^e	.
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962=100	.	105,9	104,9	105,7	105,8	106,0	105,1	105,0	...
Verkaufspreise für Ausfuhrgüter	1962=100	.	106,9	106,6	106,7	106,7	105,6 _f	105,4 _f	105,6 _f	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1958=100	100	104,0	103,0	103,3	102,6 _p	99,5 _f	99,3 _p	99,1 _p	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	1962=100	97,2	104,9	104,6	104,7	104,7	99,1 _f	98,9 _f	98,9 _f	...
landwirtschaftlicher Produkte	1961/63=100	97,5 _g	109,3 _h	105,1	106,9	103,2 _p	96,5 _p	97,7 _p	97,2 _f	...
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1962=100	75,8	115,9	116,0	.	.	.	119,9	.	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher										
Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1962/63=100	90,8 _g	109,9 _h	110,5	110,3	107,5	104,8 _f	102,3 _f	102,4 _f	...
Einzelhandelspreise	1958=100 ⁱ⁾	100	120	120	120	120	120	120	120	...
Preisindex für die Lebenshaltung ¹⁸⁾	1962=100	92,7	114,4	114,8	115,0	115,1	115,7	115,8	116,3	116,1
darunter										
Nahrungs- und Genußmittel		.	112,0	113,4	113,7	113,7	111,2	111,1	112,0	111,1
Kleidung, Schuhe		.	112,1	112,2 _r	112,2	112,1	111,9	111,8	111,9	111,9
Wohnungsmieten		.	138,2	137,8	138,2	138,8	146,2	147,5	148,1	149,3
Elektrizität, Gas, Brennstoffe		.	108,5	106,1	106,5	107,7	113,6	113,1	113,6	115,0
Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung		.	108,3	108,4	108,3	108,2	108,1	108,1	108,6	108,7
Löhne und Gehälter ¹⁹⁾										
Arbeiter in der Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männlich	DM	117	223	.	.	228	227
darunter Facharbeiter	DM	124	234	.	.	240	238
*weiblich	DM	68	135	.	.	137	140
Bruttostundenverdienste										
*männlich	DM	2,44	5,03	.	.	5,07	5,14
darunter Facharbeiter	DM	2,59	5,33	.	.	5,36	5,43
*weiblich	DM	1,53	3,37	.	.	3,40	3,43
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	47,9	44,1	.	.	45,0	44,1
*weiblich	Std.	44,2	40,1	.	.	40,2	40,7
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	44,5	42,0	.	.	40,6	39,6
*weiblich	Std.	41,4	38,3	.	.	35,8	36,3
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in der Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	588	1 155	.	.	1 161	1 198
*weiblich	DM	382	752	.	.	751	774
technische Angestellte										
*männlich	DM	697	1 243	.	.	1 244	1 278
*weiblich	DM	403	773	.	.	769	795
in Handel, Kredit und Versicherungen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	540	1 001	.	.	1 002	1 038
*weiblich	DM	331	621	.	.	624	662
technische Angestellte										
männlich	DM	497	1 130	.	.	1 144	1 153
weiblich	DM	(259)
in Industrie und Handel zusammen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	554	1 048	.	.	1 050	1 086
*weiblich	DM	347	658	.	.	660	694
technische Angestellte										
*männlich	DM	685	1 234	.	.	1 236	1 269
*weiblich	DM	391	771	.	.	766	793

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

17) einschließlich Steuern der Kreise 18) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach den Verhältnissen von 1962 19) Effektivverdienste; ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar e) 1.4. - 30.6. f) ohne Mehrwertsteuer g) Wirtschaftsjahr 1958/59 (Juli-Juni) h) Wirtschaftsjahr 1966/67 (Juli-Juni) i) Umbasierung der Originalreihe 1950=100

Jahreszahlen A

erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾				
	Einwohner (Jahres- mittel) in 1 000	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Geburten- überschuß	Wande- rungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	Produ- zierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen
Ereignisse je 1 000 Einwohner				in 1 000		in 1000					
1962	2 341	9,7	17,6	11,9	13	9	992	134	389	217	253
1964	2 392	9,1	18,9	11,7	17	13	1 003	130	395	214	264
1965	2 423	8,8	18,5	12,4	15	19	1 021	125	398	225	273
1966	2 457	8,4	18,7	12,1	16	18	1 003	116	389	218	280
1967	2 487	8,1	18,2	11,9	16	11	971	119	358	213	280

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen							Volkseinkommen				
	Schüler am 2.5. ²⁾			Schulabgänger in %				Brutto-Inlandsprodukt				Netto-Inlands- produkt in Mill. DM
	Volks- und Sonder- schulen	Real- schulen und Aufbau- zug- klassen	Gym- nasien	mit weniger als Volks- schul- abschluß	mit Volks- schul- abschluß	mit mittlerem Abschluß	mit Abitur	in jeweiligen Preisen			in konstanten Preisen in Mill. DM	
								Mill. DM	Jährliche Zuwachs- rate in %	DM je Ein- wohner		
in 1 000												
1962	224	41	33	12 167	10,3	5 197	9 382	9 452
1964	221	41	33	29	43	21	7	14 193	8,4	5 934	10 158	11 023
1965	225	41	34	27	44	22	7	p 15 570	p 9,7	p 6 426	p 10 716	p 11 907
1966	231	41	37	26	45	23	7	p 16 700	p 7,4	p 6 800	p 11 100	.
1967	222	42	40	23	46	24	8	p 17 300	p 3,2	.	p 11 500	.

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung 4)		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ³⁾			1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	ins- gesamt	darunter Milchkühe			Rinder	Schweine					
	in 1 000				in 1 000						
1962	1 306	478	1 655	4 265	356	2 307	1 902	4 076	1 263	768	448
1964	1 291	479	1 716	4 753	354	2 336	1 929	4 084	1 477	637	636
1965	1 379	505	1 701	4 884	332	2 462	2 023	4 220	1 311	466	452
1966	1 393	511	1 689	5 261	417	2 395	2 112	4 183	1 264	459	521
1967	1 395	513	1 752	5 035	2 139	4 188	1 407	515	533

Jahr	Industrie ⁵⁾										Bau- haupt- gewerbe		
	Beschäftigte (Jahresmittel)		Arbeiter- stunden in Mill.	Löhne	Gehälter	Umsatz		Energieverbrauch				Produk- tions- index der Industrie 7) 1958=100	
	ins- gesamt	Arbeiter				ins- gesamt	mit dem Ausland	Kohle 1 000 t SKE 6)	Heizöl				
				ins- gesamt	schwer								
	in 1 000			Bruttosumme in Mill. DM		Mill. DM		1 000 t		Beschäftig- te 8) am 30. 6. in 1 000			
1962	176	143	290	934	315	7 446	868	745	670		593	124	68
1964	174	138	276	1 053	386	8 078	921	679	840		733	132	71
1965	178	140	278	1 185	450	8 954	1 101	654	920		792	137	70
1966	178	139	273	1 266	504	9 485	1 331	585	937		787	142	68
1967	171	132	253	1 230	524	9 757	1 289	516	952	791	142	62	

1) Ergebnisse der 1%-Mikrozensusbefragungen 2) für 1967 = 15.2. 3) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner 4) gewerbliche und
Hausschlachtungen, einschließlich des übergebiethlichen Versandes, ohne übergebiethlichen Empfang 5) Betriebe mit im allgemeinen 10
und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung) 6) eine t Steinkohleeinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts =
1,5 t Braunkohlenbriketts = 3 t Rohbraunkohle 7) arbeitstäglich; einschließlich Energie und Bau 8) bis einschließlich 1962
Stichtag = 31. 7.; ab 1962 einschließlich unbezahlter mithelfender Familienangehöriger

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30.4.1968			Bevölkerungsveränderung im April 1968			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Juli 1968 (vorläufige Zahlen)		
	ins- gesamt	Veränderung gegenüber		Geburten- überschuß	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevöl- kerungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vor- monat	Vor- jahres- monat 1)						
FLENSBURG	95 973	- 0,0	- 0,8	24	- 45	- 21	38	2	46
KIEL	268 775	- 0,1	- 0,2	68	- 427	- 359	129	3	172
LÜBECK	242 282	- 0,0	- 0,1	111	- 222	- 111	163	2	204
NEUMÜNSTER	73 237	+ 0,1	- 0,5	30	46	76	34	1	45
Eckernförde	73 633	+ 0,1	+ 2,9	53	37	90	47	8	62
Eiderstedt	19 889	+ 0,3	+ 0,9	18	39	57	18	3	22
Eutin	95 364	+ 0,1	+ 0,9	29	113	142	85	3	126
Flensburg-Land	72 769	+ 0,1	+ 2,0	49	5	54	38	2	62
Hzgt. Lauenburg	142 075	+ 0,4	+ 1,4	39	552	591	58	3	74
Husum	66 299	+ 0,0	+ 0,8	63	- 58	7	43	-	55
Norderdithmarschen	61 729	+ 0,2	+ 2,0	59	62	121	49	5	65
Oldenburg in Holstein	86 354	+ 0,3	+ 1,0	59	211	270	93	5	139
Pinneberg	261 925	+ 0,4	+ 1,8	209	749	958	121	8	145
Plön	117 897	+ 0,1	+ 0,7	77	77	154	87	7	117
Rendsburg	166 213	+ 0,2	+ 1,0	106	166	272	88	3	121
Schleswig	101 056	- 0,1	+ 0,8	29	- 116	- 87	43	2	64
Segeberg	112 419	+ 0,1	+ 3,0	69	63	132	96	7	154
Steinburg	128 003	- 0,2	+ 0,1	51	- 295	- 244	62	3	83
Stormarn	177 548	+ 0,3	+ 3,8	143	337	480	107	6	144
Süderdithmarschen	73 397	- 0,1	- 0,3	33	- 80	- 47	31	1	49
Südtondern	70 845	+ 0,8	+ 1,8	70	508	578	52	4	81
Schleswig-Holstein	2 507 682	+ 0,1	+ 1,0	1 389	1 724	3 113	1 482	78	2 030

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie ³⁾				Kraftfahrzeug- bestand am 1.1.1968		Pkw ⁵⁾ je 1 000 Einwohner am 1.7.1967
	Betriebe am 30.6.1968	Beschäftigte		Umsatz ⁴⁾ im Juni 1968 in Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁵⁾	
		Anzahl am 30.6.1968	je 1 000 Einwohner am 31.3.1968				
FLENSBURG	67	6 877	69	28	19 605	17 371	176
KIEL	167	30 114	113	93	55 066	48 763	177
LÜBECK	147	30 850	128	98	45 899	39 827	161
NEUMÜNSTER	60	10 380	138	22	15 242	13 321	180
Eckernförde	34	1 774	25	7	17 976	13 460	180
Eiderstedt	9	427	21	3	5 054	3 727	182
Eutin	48	3 964	39	19	21 886	17 501	179
Flensburg-Land	33	910	12	6	20 818	15 237	206
Hzgt. Lauenburg	92	8 411	58	26	33 514	26 297	181
Husum	24	1 288	19	10	17 098	12 427	187
Norderdithmarschen	32	1 362	24	8	15 281	11 223	181
Oldenburg in Holstein	28	1 424	17	8	19 810	14 688	166
Pinneberg	258	24 861	94	125	58 710	49 557	187
Plön	55	2 820	22	15	28 699	21 807	181
Rendsburg	98	8 962	53	39	40 652	30 757	181
Schleswig	41	3 315	33	39	26 263	19 436	188
Segeberg	88	5 575	50	25	31 096	23 096	202
Steinburg	90	10 265	80	44	29 705	22 720	173
Stormarn	133	14 566	80	128	42 916	35 547	197
Süderdithmarschen	38	4 159	56	50	18 667	13 616	179
Südtondern	13	988	14	7	17 828	13 472	183
Schleswig-Holstein	1 555	173 292	68	799	581 785	463 850	181

1) nach dem Gebietsstand vom 30.4.1968

2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung)

4) ohne Umsatz in Handelsware und ohne Umsatzsteuer

5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 98 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u. 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 31.12.1967			Offene Stellen am 30.6.1968 in 1 000	Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer am 31.3.1968 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im Juni 1968			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber				1 000 t	darunter an Meiereien geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 4.3.1968	Rindvieh am 4.12.1967	
		VZ 1961	31.12.1966							insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %									
Schleswig-Holstein	2 500	+ 7,9	+ 1,1	16	12	223	93,4	14,5	1 726	1 395	513
Hamburg	1 833	+ 0,0	- 0,8	21	24	2	88,4	14,1	22	16	5
Niedersachsen	6 993	+ 5,3	+ 0,4	48	50	460	89,9	14,8	5 300	2 719	1 037
Bremen	752	+ 6,4	+ 0,3	7	6	2	78,7	15,0	12	17	5
Nordrhein-Westfalen	16 843	+ 5,9	+ 0,0	152	290	318	93,6	13,4	3 631	1 932	791
Hessen	5 263	+ 9,3	+ 0,4	52	113	138	80,9	12,0	1 348	939	384
Rheinland-Pfalz	3 625	+ 6,1	+ 0,4	21	31	98	79,0	11,0	857	761	297
Baden-Württemberg	8 566	+ 10,4	+ 0,4	109	259	240	76,0	9,6	2 119	1 905	831
Bayern	10 280	+ 8,0	+ 0,6	90	133	616	77,9	10,4	4 193	4 222	1 971
Saarland	1 131	+ 5,5	- 0,1	4	14	11	79,2	12,2	78	73	30
Berlin (West)	2 163	- 1,6	- 1,0	27	17	0	19,3	14,1	.	2	1
Bundesgebiet	59 949	+ 6,7	+ 0,3	548	951	2 109	84,6	12,0	19 285 ^a	13 981	5 866

Land	Industrie ¹⁾					Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im April 1968			
	Beschäftigte		Umsatz im März 1968		Produktions- index ³⁾ 1958=100 im April 1968	Beschäftigte am 31.1.1968		Zum Bau genehmigte Wohnungen		Fertiggestellte Wohnungen	
	in 1 000 am 31.3. 1968	je 1 000 Einw. am 31.12. 1967	Mill. DM ²⁾	Aus- lands- umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw.
Schleswig-Holstein	171	68	920	19	156	59	24	1 843	7,4	714	2,9
Hamburg	201	108	1 486	14	.	42	23	2 101	11,5	799	4,4
Niedersachsen	706	100	3 490	24	.	166	24	5 801	8,3	2 267	3,2
Bremen	93	123	573	10	.	20	27	570	7,6	247	3,3
Nordrhein-Westfalen	2 507	149	11 799	17	.	373	22	13 608	8,1	6 737	4,0
Hessen	671	127	2 686	22	191	133	25	4 271	8,1	1 168	2,2
Rheinland-Pfalz	361	99	1 827	21	268	84	23	2 494	6,9	955	2,6
Baden-Württemberg	1 419	165	5 732	19	.	203	24	5 986	7,0	2 643	3,1
Bayern	1 242	120	4 820	17	.	231	22	9 812	9,5	3 005	2,9
Saarland	149	133	455	31	.	23	20	473	4,2	287	2,4
Berlin (West)	247	114	1 085	11	.	46	21
Bundesgebiet	7 768	129	34 872	18	.	1 379	23	46 959	8,1	18 802	3,3

Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1.1.1968		*Pkw ⁴⁾⁵⁾ je 1 000 Ein- wohner am 1.7. 1967	Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im Mai 1968				Bestand an Spar- einlagen 7) am 31.5. 1968 in DM je Einw.	Steueraufkommen im 1. Vj. 1968		
	ins- gesamt	Pkw ⁵⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		Landes- 8)	Bundes- 8)	Gemeinde-
in 1 000		steuern in DM je Einw.									
Schleswig-Holstein	582	464	181	1 275	55	1 701	138	1 737	114	186	182
Hamburg	418	373	201	1 075	23	1 387	131	3 328	327	1 159	327
Niedersachsen	1 652	1 301	182	3 637	211	5 102	146	2 158	115	163	196
Bremen	156	137	179	379	6	450	120	2 455	212	691	302
Nordrhein-Westfalen	3 560	3 038	177	8 532	305	11 357	137	2 541	161	253	243
Hessen	1 304	1 067	198	2 725	104	3 813	144	2 588	188	220	268
Rheinland-Pfalz	863	664	178	1 857	104	2 597	145	2 134	117	173	204
Baden-Württemberg	2 148	1 710	195	3 940	182	5 554	146	2 589	179	235	258
Bayern	2 652	1 977	187	4 878	266	6 860	146	2 469	143	186	216
Saarland	226	188	162	522	20	716	141	1 934	108	146	146
Berlin (West)	390	349	157	1 235	22	1 546	127	1 879	113	368	271
Bundesgebiet	14 005 ^b	11 293 ^b	184	30 055	1 298	41 083	141	2 424	156	254	235

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt
 1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Energieversorgung und Bauindustrie
 2) zuzüglich Umsatzsteuer 3) ohne Bau und ohne Energie, arbeitstäglich 4) ohne Bundespost und Bundesbahn 5) einschließlich Kombinationskraftwagen 6) vorläufige Zahlen (außer Schleswig-Holstein) 7) ohne Postspareinlagen 8) Einkommensteuern jeweils anteilig enthalten a) ohne Berlin b) einschließlich Bundesbahn und -post: 55 000 Kfz und 25 000 Pkw

Inhalt des laufenden Jahrgangs nach Sachgebieten

	Heft/Seite
Bevölkerungsbewegung	
Wanderungen 1966	4/75
Gesundheitswesen	
Krankenhäuser 1966	3/55
Unterricht, Bildung und Kultur	
Lehrerbedarf	7/154
Realschulabschluß	8/191
Schülerzahlen, Entwicklung der —	5/99
Studenten 1968	8/191
Volkshochschulen	3/51
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Anbau und Ernte 1967	4/80
Baumschulen	2/42
Ertragsmessungen Landwirtschaft	8/171
Geflügelwirtschaft	5/107
Gemüseanbau	2/47
Kartoffeln	1/7
Viehwirtschaft 1967, Zur —	8/183
Unternehmen und Arbeitsstätten (ohne Landwirtschaft)	
Kapitalgesellschaften 1965-1967	6/140
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Bauhauptgewerbe 1950-1967 (Teil 1)	1/3
Bauhauptgewerbe 1950-1967 (Teil 2)	2/32
Bauhauptgewerbe 1950-1967 (Teil 3)	3/57
Handel und Gastgewerbe	
Fremdenverkehr 1967	3/64
Verkehr	
Straßenverkehrsunfälle 1967	7/159
Geld und Kredit, Versicherungen	
Zahlungsschwierigkeiten 1965-1967	6/136
Öffentliche Finanzen	
Ausgaben für öffentliche Schulen	8/186
Gemeindesteuern 1967	3/69
Investitionskraft der Gemeinden	6/123
Landeshaushalt 1966	4/85
Löhne und Gehälter 1965	1/19
Steueraufkommen 1967	2/46
Umsätze in freien Berufen	3/71

Preise

Landwirtschaftliche(r) Betriebsmittel, Preisindex —	1/14
Verbraucherpreise im Bund	7/164

Löhne und Gehälter

Arbeitszeiten Industrie	5/114
Verdienste in Industrie und Handel (Teil 1)	5/118
Verdienste in Industrie und Handel (Teil 2)	6/128

Versorgung und Verbrauch

Arbeitnehmerfamilien, Verbrauch in —	4/91
--------------------------------------	------

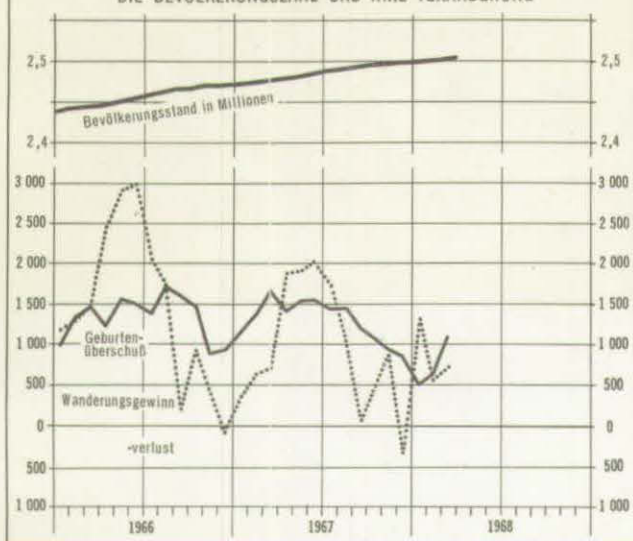
Sozialprodukt

Bruttoinlandsprodukt 1966	2/27
Volkseinkommen	7/147

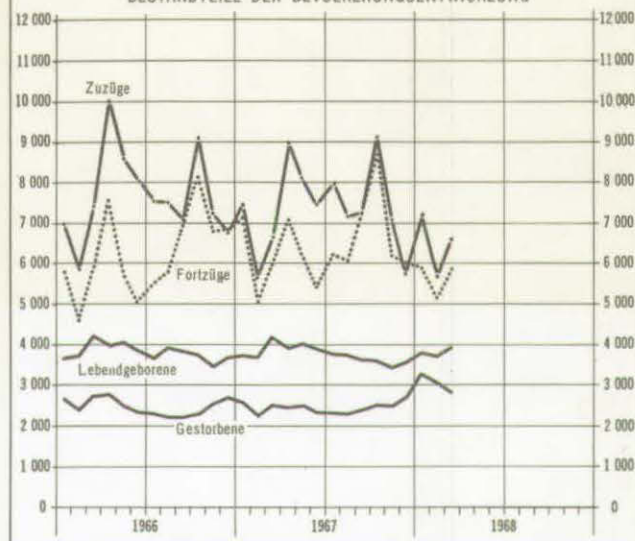
SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex, Beschäftigtenzahl und Umsatz der Industrie insgesamt; Index und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauwirtschaft und Ernährungsindustrie.

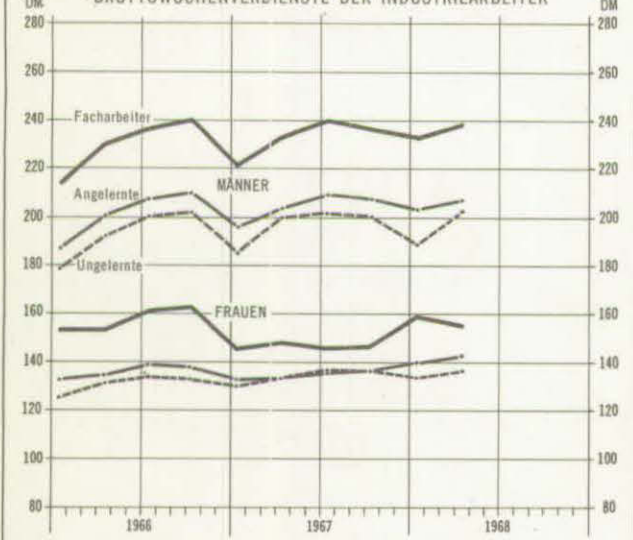
DIE BEVÖLKERUNGSZAHL UND IHRE VERÄNDERUNG



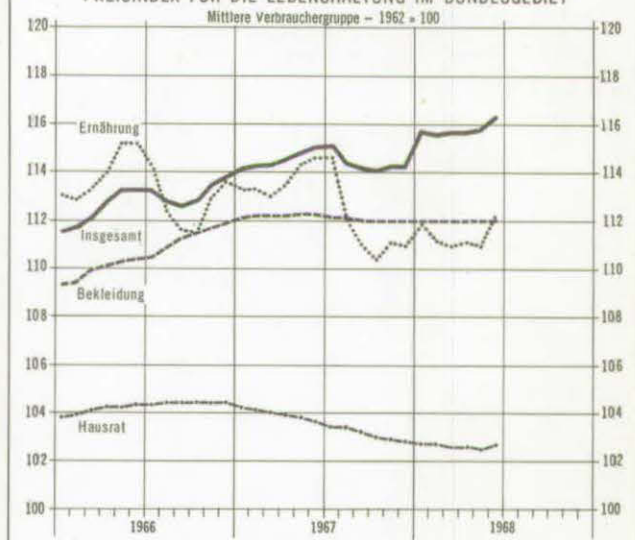
BESTANDTEILE DER BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



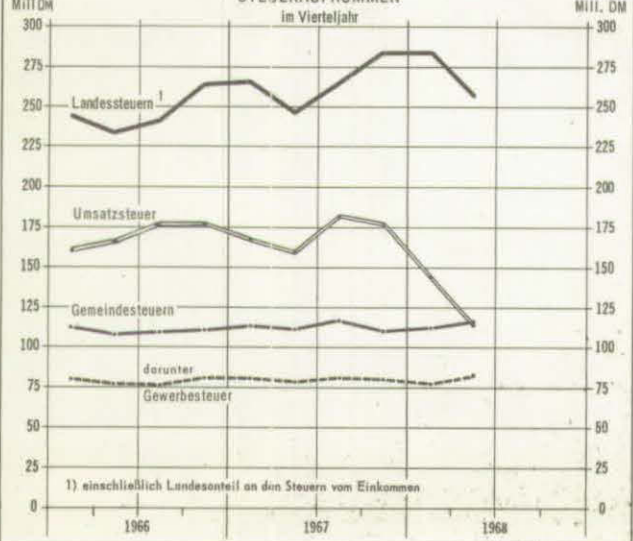
BRUTTOWOCHENVERDIENSTE DER INDUSTRIEARBEITER



PREISINDEX FÜR DIE LEBENSHALTUNG IM BUNDESGEBIET



STEUERAUFKOMMEN



1) einschließlich Landesanteil an den Steuern vom Einkommen

KREDITE AN WIRTSCHAFT UND PRIVATE

